

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und in der Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 259.

Sonnabend, den 4. November 1911.

18. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

## Abrüsten oder aufrüsten?

Die englische Admiralität veröffentlicht Angaben über die Steigerung der Flottenausgaben der Großmächte in den letzten zehn Jahren.

England gab 1901 „nur“ 697 445 960 Mark für seine Flotte aus, 1911 aber 888 040 940 Mark. Die Neubauten verschlangen die Summe von 351 337 540 Mark.

Deutschland verbrauchte 1901 „nur“ 190 600 000 Mark für Flottenzwecke, 1911 aber 433 883 567 Mark. Die Kosten der Neubauten werden mit 234 500 000 Mk. angegeben.

Ferner gaben aus: Frankreich 1901 276 045 280 Mark, 1911 334 107 640 Mk., die Vereinigten Staaten 1901 420 248 920 Mk., 1911 531 689 820 Mark, Italien 1901 98 253 220 Mk., 1911 167 574 800 Mark, Österreich 1901 36 430 480 Mark, 1911 102 807 600 Mark.

An diesen Zahlen interessiert uns zunächst die Tatsache, daß sich die deutschen Flottenkosten mehr als verdoppelt in einer Zeit, in der die englischen nur um etwa ein Drittel stiegen. Absolut bleiben natürlich die deutschen Marineausgaben hinter den englischen weit zurück, sie betragen heute noch nicht die Hälfte von diesen, und haben keine Aussicht, aus diesem Verhältnis herauszukommen. England hält an dem Zweimächte-Standard fest. Gäbe Deutschland für seine Flotte jährlich eine Milliarde aus, nun, dann würde eben der englische Marineetat zwei oder zweieinhalb Milliarden betragen.

Es ist einmal gesagt worden, daß der englische Marineetat im deutschen Reichstag gemacht wird. Das ist auch ganz richtig. Die Engländer haben sich darauf eingerichtet, denselben Betrag wie Deutschland für die Flotte auszugeben — multipliziert mit zwei!

Wenn aber der englische Marineetat im deutschen Reichstag gemacht wird, dann wird die englische Flottenpolitik der nächsten fünf Jahre bei den deutschen Reichstagswahlen gemacht werden. Von ihrem Ausfall und von der Gestaltung des künftigen Reichstags wird es abhängen, ob das mahnsinnige Weiterarbeiten in dem bisherigen, vielleicht noch in verstärktem Tempo weiter fortgeführt werden soll, oder ob es endlich gelingt, in Deutschland und damit zugleich auch in England der Vernunft eine Gasse zu bahnen.

Gelst es nach dem Willen des Flottenvereins und seiner nationalliberalen Nachbeter, dann können wir in den nächsten Jahren Wunderdinge erleben. Nach dem geltenden Flottengesetz sollen von 1912 ab bis 1917 zwei große Schiffe jährlich gebaut werden, der Etat würde dann nach vorläufigen Berechnungen wenigstens nicht mehr steigen, ja sogar etwas sinken, denn er würde betragen 1912 449 Millionen, 1913 430 Millionen, 1914 416 Millionen, 1915 401 Millionen, 1916 409 Millionen und 1917 417 Millionen Mark. Wahrscheinlich würden freilich auch bei Beibehaltung des Flottengesetzes die Ausgaben infolge des Steigens aller Kosten höher sein, als man jetzt annimmt. Den Flottenvereinsern und Nationalliberalen ist aber der Gedanke an ein solches Stehenbleiben unerträglich, sie verlangen, daß statt zwei Schiffe jährlich ihrer drei gebaut werden sollen. Das hält man im Lager des Flottenvereins noch für sehr mäßig und ruft so den Argwohn wach, daß die Vorberungen der Herren noch ganz anders lauten könnten, wenn die Wahlen ein ihnen günstiges Resultat ergeben sollten.

Was aber wird die Folge davon sein, daß Deutschland jährlich drei große Schiffe baut. Es ist schon gesagt worden: England wird dann sechs bauen oder womöglich acht.

Selbst das jüngst verbreitete Flugblatt des Flottenvereins kann sich an dieser Tatsache nicht vorbeidrücken. Es sagt:

„1910 hatte Deutschland 5 starke Schiffe verwendungsbereit, England aber mehr als das Doppelte, nämlich 12.“

1911 sind in England 8 weitere Schiffe fertig geworden, zusammen also 20, in Deutschland kommen 4 hinzu; es sind also zusammen 9 fertig; mithin wiederum noch nicht halb so viele als in England.

1912 ist das Verhältnis 27 englische, 13 deutsche. 1913: 32 englische und 17 deutsche.

Für die im Jahre 1914 fertig werdenden Schiffe hat Deutschland bereits 1911 seinen Etat aufgestellt, es baut weiter 4 große Schiffe; England hat noch bis 1912 ein volles Jahr Zeit, um sich zu überlegen, wieviel Schiffe es bis 1914 fertigstellen will, weil es zu deren Vollendung nur 2 Jahre braucht.

Wir sehen: es bleibt immer das Verhältnis etwa 2 zu 1.

Sehr richtig! Das Verhältnis bleibt immer 2 zu 1! Und es fragt sich nur, auf welcher Basis dieses Verhältnis fortgesetzt werden soll, ob beide Völker endlich einmal zur Ruhe kommen oder ob die tolle Wirtschaft immer weitergehen soll, daß der Engländer für jede deutsche Million zwei Millionen ausgibt, für jedes deutsche Schiff zwei englische Schiffe auf Stapel legt. Es ist die Volkskraft zwei der größten Nationen der Welt, es ist die Kraft von mehr als 100 Millionen Menschen, die hier Stückweise vergebend wird.

Nun könnte man allerdings sagen, in Seekriegen entscheide mehr als in Landkriegen die Qualität, nicht die Quantität. Aber abgesehen davon, daß kein deutscher Fachmann die qualitative Ebenbürtigkeit der englischen Flotte bestreitet, bleibt die zahlenmäßige Übermacht Englands doch stets erdrückend. Und dazu kommt, daß Deutschland in einem Seekrieg ganz auf sich allein angewiesen wäre, während England voraussichtlich auch die nicht zu unterschätzende französische Macht als Bundesgenosse zugute käme. Das Verhältnis wäre dann nicht mehr 2 zu 1, sondern beinahe schon 3 zu 1!

Nur ein wirklicher Landesverräter, der die wahrscheinliche Niederlage Deutschlands mit Absicht herbeiführen will, kann an einen Seekrieg mit den verbündeten Westmächten denken. Die Gefahr eines solchen Krieges wird aber durch das fortgesetzte Rüsten, das — wie wir gesehen haben — Deutschland nicht um die Länge eines Pferdekopfs vor seinen Rivalen vorausbringen kann, aufs höchste gesteigert. In England sieht man in den fortgesetzten maritimen Anstrengungen Deutschlands eine Vorbereitung zum Krieg und eine unbedeutende Notigung zu kaum mehr erträglichen Ausgaben. Ein Sieg der chauvinistischen Strömungen bei den deutschen Wahlen, die Aussicht auf einen hurrapatriotischen Reichstag muß infolgedessen das Verhältnis zu England unnötig verschärfen, die weitpolitischen Gefahren steigern. Ein großer Erfolg der Sozialdemokratie würde aber in England wie in der ganzen Welt als sichere Friedensbürgschaft aufgefaßt werden.

Darum ist es notwendig, für den Sieg der Sozialdemokratie im Interesse des Weltfriedens alle Kräfte einzusetzen und den unmündigen Treiberen des Flottenvereins mit schärfer Entschiedenheit entgegenzutreten. Mit dem verstorbenen Legationsrat v. Holstein, dem letzten deutschen Diplomaten, der als eine Autorität in der auswärtigen Politik galt, sagen wir:

Es kommt vor allem darauf an, die Lügenhaftigkeit des perfiden Sages klarzumachen: „Jedes Schiff mehr ist eine Vermehrung der Macht des Deutschen Reichs“, wenn jedes Schiff mehr der Unlutz ist, daß — von Frankreich nicht zu reden — England zwei Schiffe mehr baut! Wie stellt sich da die Vermehrung der deutschen Macht?! Einfaches Rechenexempel.

Derselbe Holstein sagte auch:

Wer heute gegen das herrschende Flottenfieber Front macht, der wird von allen Seiten als unpatriotisch angegriffen. Aber nach wenigen Jahren wird sich die Richtigkeit meiner Ansicht herausstellen.

Heute ist die Richtigkeit dieser von der Sozialdemokratie längst vor Holstein vertretenen Ansicht so klar geworden, daß sie auch ein Blinder mit beiden Händen greifen kann. Mögen die Flottenvereinsler uns also wiederum als vaterlandslose Gesellen verschreien — die Richtigkeit unserer Ansicht wird sich schon herausstellen und vor den Wählern hoffentlich noch rechtzeitig erkannt werden, ehe das sinnlose Spiel der Panzerplattenpatrioten zu der sonst unvermeidlichen Katastrophe führt!

## Die Reichstagswahl.

Das ungleiche Reichstagswahlrecht.

Die Wahl vom 25. Januar 1907 war die zwölfte seit der Begründung des Deutschen Reiches. So fest es steht, daß die Sozialdemokratie von Wahl zu Wahl gewachsen ist und sich gefestigt hat, so sicher ist es auch, daß sie unter einem stets ungerechter werdenden Wahlrecht kämpfen und siegen muß. Eine Untersuchung, auf wie viele Stimmen bei den einzelnen Wahlen und Parteien je ein Mandat gefallen ist, führt zu ganz aufreißenden Ergebnissen. Dies zeigt die nachfolgende Tabelle recht deutlich.

Durchschnittliche Stimmenzahl pro Partei und Mandat:

Wahljahr	Sozialdemokraten	Konservative	Nationalliberale	Freisinnige	Zentrum
1871	61 987	9 629	9 869	7 444	11 495
1878	48 573	12 708	13 441	14 811	14 128
1887	69 375	14 340	16 949	30 409	15 472
1898	37 626	17 564	15 831	25 629	18 753
1907	25 791	17 650	30 196	25 572	20 759

Nach dem § 5 des Wahlgesetzes zum Reichstag des Norddeutschen Bundes, der dann in die deutsche Reichsverfassung mit übernommen wurde, soll auf je 100 000 Einwohner ein Abgeordneter gewählt werden. Dabei ist ausdrücklich bestimmt, daß zur Feststellung der Wahlkreise die letzte Volkszählung heranzuziehen ist! Trotzdem wählt das deutsche Volk heute noch unter den Voraussetzungen der Wahlen von 1871! Was dabei herauskommt, zeigt die obige Zusammenstellung. Gerade die Industriewahlkreise, die Gebiete der Sozialdemokratie, kommen dabei am schlechtesten weg, allerdings kommt auch die Macht der anderen Parteien nicht richtig zum Ausdruck wie die nachfolgende Zusammenstellung zeigt.

Wie hätte der jetzt bald und glücklicherweise gestorbene Reichstag aussehen müssen, wenn die Bestimmungen der Reichsverfassung erfüllt worden wären?

Die Konservativen hätten nur 37 statt 59 Mandate bekommen; weniger 22.

Die Reichspartei hätte nur 16 statt 21 Mandate bekommen; weniger 5.

Der Bund der Landwirte hätte nur 6 statt 8 Mandate bekommen; weniger 2.

Der Süddeutsche Bauernbund hätte 3 statt 0 Mandate bekommen; mehr 3.

Die Antisemiten hätten nur 16 statt 21 Mandate bekommen; weniger 5.

Die Nationalliberalen hätten 59 statt 55 Mandate bekommen; mehr 4.

Die Freisinnige Vereinigung hätte nur 9 statt 11 Mandate bekommen; weniger 2.

Die Freisinnige Volkspartei hätte nur 26 statt 28 Mandate erhalten; weniger 2.

Die Süddeutsche Volkspartei hätte nur 5 statt 7 Mandate erhalten; weniger 2.

Das Zentrum hätte nur 78 statt 105 Mandate erhalten; weniger 27.

Die Polen hätten nur 16 statt 20 Mandate erhalten; weniger 4.

Die Dänen hätten 1 Mandat erhalten; beßigen 1.

Die Welfen hätten 2 statt 1 Mandat erhalten; mehr 1.

Die Glässer hätten nur 3 statt 7 Mandate erhalten; weniger 4.

Die Sozialdemokraten hätten 116 statt 43 Mandate erhalten; mehr 73.

Unbestimmt, Fraktionslose hätten nur 4 statt 10 Mandate erhalten; weniger 6.

Die Wahl von 1912 wird noch mehr als frühere Wahlen alle Kräfte der Arbeiterschaft brauchen, um trotz des ungerechten Wahlsystems, das systematisch die eigentliche Volksvertretung ausschließt, eine der proletarischen Bewegung entsprechende Vertreterzahl in den Reichstag zu bekommen. Abhängig wird das Resultat der Wahlen davon sein, wie der einzelne seine Pflicht getan hat!

### Graf Pobjadowsky als Reichstagskandidat.

Die „Märkische Volkszeitung“ stellt zu der Kandidatur des Grafen Pobjadowsky im Wahlkreise Bielefeld fest:

„Das Zentrum als stärkste bürgerliche Partei in diesem Wahlkreise hat die Anregung zu dieser Kandidatur gegeben. Damit hat es bewiesen, daß es ihm voller Ernst ist mit der positiven Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die Stärke der einzelnen bürgerlichen Parteien in Bielefeld-Wiedenbrück ist nicht mit irgendwelcher Sicherheit festzustellen, aber ohne Zweifel werden sie, wenn sie gemeinsam ihre Pflicht tun, der Sozialdemokratie überlegen sein, und es wird auch voraussichtlich nicht zu einer Stichwahl kommen.“

Also lediglich aus Haß gegen die Sozialdemokratie hat das Zentrum dem Vater des Zuchthausgesetzes, das auch katholische Arbeiter treffen sollte, die Kandidatur verschafft.

### Die liberalen Bundesbrüder.

Trotz des nationalliberal-fortschrittlichen Wahlabkommens für Thüringen haben die Erfurter Nationalliberalen mit den Konservativen noch eine besondere Rückversicherung für die Stichwahl getroffen. Das „Berliner Tageblatt“ hatte bescheidene Zweifel geäußert, ob dieses Vorgehen mit den Tendenzen des nationalliberal-fortschrittlichen Blocks in Einklang zu bringen sei. Darauf erfolgte nun in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ vom 2. November eine sackgrobe Antwort, in der es u. a. heißt:

Wir weisen diese Ausfälle und Drohungen zurück, indem wir es für selbstverständlich halten, daß im Falle der Erfurter Stichwahl die Konservativen den Nationalliberalen und die Nationalliberalen den Konservativen unterstützen. Das „Berl. Tageblatt“ möge die nationalliberale Partei mit seinen zudringlichen Großblockaderien verschonen und versichert sein, daß die nationalliberale Partei alles tun wird, um Deutschland vor der kosmopolitisch-freihändlerisch-demokratischen Gesinnung zu bewahren, in der das

„Berliner Tageblatt“ unseren festgefühten Staat erschüttern möchte.“  
Und mit dieser Gesellschaft marschieren die Fortschrittler Arm in Arm!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Ministerkrise aus Anlaß des Marokko-Abkommens.

Am Donnerstag nachmittag, unmittelbar vor der endgültigen Unterzeichnung des deutsch-französischen Marokko-Abkommens hat der Leiter des Kolonialamtes, Staatssekretär von Lіндеquist, ein Abschiedsgesuch eingereicht. Bereits im Sommer beabsichtigte er, zurückzutreten, ist aber damals vom Kaiser ersucht worden, das Abschiedsgesuch in Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen zurückzuziehen. Lindequist kam dem nach und soll sogar damit einverstanden gewesen sein, daß in den letzten Tagen noch die Zeitungsmeldungen von seinem Rücktritt amtlich dementiert wurden. Der Gouverneur von Samoa, Dr. Solz, ist bis auf weiteres mit der Leitung des Reichskolonialamtes betraut worden.

Offizielle Pressnachrichten melden jetzt, daß Bethmann-Hollweg beabsichtigt, dem Kaiser die Annahme des Rücktrittsgesuches zu empfehlen.

Der Rücktritt Lindequists wird damit begründet, daß er den Erwerb des Kongogebietes als einen für Deutschland geringwertigen Gebietszuwachs ansieht. Er fügt sich dabei sicher auf den ebenfalls aus dem Kolonialamt ausgeschiedenen Geheimrat Dankelmann, der den Kongo kennt und bringend von dieser neuer kolonialen Last abgeraten haben soll.

Die offizielle Presse veranstaltet nun gegen Lindequist und Dankelmann ein kleines Kesseltreiben, das nicht gerade dafür Zeugnis ablegt, daß die Gegner von Lindequist und Dankelmann im Reichskanzleramt und im Auswärtigen Amt das Recht auf ihrer Seite haben. In ziemlich brüskem Tone wird Lindequist vorgehalten, daß er einseitige Ressortinteressen geltend mache, gegenüber „einem so bedeutenden Abkommen, wie dem soeben perfekt gewordenen deutsch-französischen“. Einem solchen Abkommen gegenüber sei es nicht angängig, allein den kolonialen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu rücken, ohne sich Rechenschaft über die „große politische Tragweite des ganzen Aktes“ abzugeben. Deshalb müsse die so stark hervortretende Betonung seiner abweichenden Meinung seitens des Herrn v. Lindequist in einem Moment ganz besonders überraschen, wo der Vertrag vor den Augen Europas als abgeschlossen gilt und der deutsche Reichskanzler einzig und allein mit der ganzen Kraft seines Amtes und seiner Person die ganze Verantwortung für alle sich aus dem Abkommen ergebenden Konsequenzen übernommen hat:

„Eine derartige Stellungnahme nachgeordneter Instanzen dürfte auch in Deutschland eine seltene Erscheinung bleiben, und es liegt nahe, wenn allein schon aus Gründen der staatlichen Disziplin auf ein ferneres Wirken des Herrn v. Lindequist im Kolonialamt verzichtet werden muß.“

In der „Köln. Zeitung“ hat offenbar ein Offiziosus des Auswärtigen Amtes es übernommen, seine Pfeile auf Dankelmann abzuwickeln. Die aus Berlin datierte Notiz, die von der „Nordd. Allg. Ztg.“ zurückübernommen wird, besagt:

„Durch das Rücktrittsgesuch des Geheimen Regierungsrats von Dankelmann im Reichskolonialamt und gleichzeitig erfolgte Indiskretionen in der Presse sind ganz unhaltbare Zustände bekannt geworden. In diesen Indiskretionen wird behauptet, daß das Kolonialamt das Kongo-Abkommen mißbillige und die Verantwortung dafür nicht übernehmen wolle. Es hat umso mehr den Anschein, als ob dies richtig sei, da schon früher mehrfach Notizen in der Presse verbreitet wurden, die auf eine solche Stellung des Kolonialamtes hinwiesen. Der auf diese Weise unternommene Versuch, die Politik des Reichskanzlers durch eine nachgeordnete Behörde zu erschweren, ist, wer auch immer recht habe, im Interesse einer geordneten Führung der Reichsgeschäfte völlig unzulässig, und man braucht nicht daran zu zweifeln, daß sich der Reichskanzler dieser Auffassung nicht verschließen und die nötigen Folgerungen ziehen werde.“

Das Politische Bureau erhält aus dem Reichskanzleramt die Mitteilung, von dem v. Lindequistischen Abschiedsgesuch, das dem „Köln.“ begründet sei, daß er sich mit den Kompensationen in der Marokkofrage nicht einverstanden erklären könne. Es wird dort weiter erzählt, daß Bethmann-Hollweg sich zum Kaiser begeben, um Vortrag zu halten. Der Kaiser aber ist Freitag mittag nach Oberberg zur Hubertusjagd gefahren.

### Professor Hans Delbrück über die Steuerhinterziehungen.

Der Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“, Professor Hans Delbrück, was während der Beratung der Reichsfinanzordnung statisch nach, daß allgemein vielfach Steuerhinterziehungen geübt werden. Darüber waren die Agrarier äußerst ungenähnt und sie suchten in der politischen Agitation die Behauptungen Delbrücks zu entkräften. Nun gibt dem Professor Delbrück ein an ihn gerichteter Schreiben Anlaß, im Novemberheft der „Preussischen Jahrbücher“ nochmals auf die Sache zurückzukommen. Er schreibt, es sei unrichtig, daß er jemals den Großgrundbesitz allein oder ganz vorwiegend mit seiner Anklage belastet habe. Er habe immer behauptet, und der Finanzminister Herr von Rheinbaben habe ihm darin beigepflichtet, daß die Steuerhinterziehungen durch alle Stände verbreitet seien. Er habe in diesem Punkte weder seine Auffassung geändert, noch seine Behauptungen zurückgezogen.

Delbrück beschuldigt dann die „Deutsche Tageszeitung“ der Unterdrückung des Satzes, nach welchem er alle Stände gemeint habe. Die Bitte um Berichtigung sei ihm abgelehnt worden. Delbrück schließt seine Entgegnung: „Noch jetzt möchte ich für den Wahlkampf den Konterpartnern raten, ihre Laktia zu ändern, die jetzige ungenügende Steuerentlastung nicht weiter zu befeuern, sondern sie zuzugeben und ihre Mithilfe zu versprechen, daß sie in Zukunft gebessert werde.“ — Vor lur up.

sondern sie zuzugeben und ihre Mithilfe zu versprechen, daß sie in Zukunft gebessert werde.“ — Vor lur up.

### Lattmann.

Der antisemitische Amtsgerichtsrat Lattmann geht zu den unangenehmsten Erscheinungen in und außerhalb des Reichstags. Er ist nicht umsonst Antisemit und Mitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Dieser Tage hat er in einer Versammlung in Kassel, in der ihm von einem sozialdemokratischen Redner in Kassel die Steuerflüchten der Antisemiten vorgehalten wurden, das Schlusswort zu einer wüsten Schimpferei auf die Arbeiter benutzt, so toll, daß ein bürgerlicher Fabrikant, Herr Köppler, Besitzer der Thüringer Granitwerke in Schmalkalden und Brottorode, sich genötigt sieht, seine Arbeiter öffentlich gegen Lattmann in Schutz zu nehmen. In der Erklärung des Herrn Köppler, datiert Kassel, 31. Oktober 1911 heißt es: „Herr Reichstags-Abgeordneter Lattmann aus Schmalkalden hat am Montag in einer von der deutsch-sozialen Partei einberufenen öffentlichen Versammlung in Kassel-Wahlershäusern während seines Schlusswortes Äußerungen getan, die geeignet sind, die Arbeiter meiner Fabrik sowie die Arbeiterschaft von Schmalkalden überhaupt als rohe und gehässige Menschen bei der Kasseler Bevölkerung herabzuwürdigen. Zum Schutze der Arbeiter meines Fabrikbetriebes und derjenigen der ebenfalls genannten Löffelfabrik Erbe, kann ich es nicht unterlassen, hiermit öffentlich zu erklären, daß die ehrverletzenden Behauptungen des Herrn Lattmann aus der Luft gegriffen sind. Herrn Lattmann mag die politische Überzeugung meiner Arbeiter mißfallen, das gibt ihm aber meiner Meinung nach kein Recht, wie geschähen, offenkundige Unwahrheiten zu verbreiten, die geeignet sind, brave, fleißige, anständige Arbeiter in der Achtung der Mitmenschen herabzuwürdigen.“

Lattmann wird sich auch aus dieser Züchtigung nichts machen.

### Schweinefutter für Eisenbahner.

Der preussische Eisenbahnminister von Breitenbach hat sich im Reichstage damit gebrüht, daß seine Verwaltung den Beamten und Angestellten Speisekartoffeln zum Preise von 2,70 Mk. bis 2,90 Mk. vermittelt habe. Dazu schreibt man nun aus den Kreisen der Beteiligten an die „Freisinnige Zeitung“:

„Von diesen Kartoffeln haben auch Beamte und Arbeiter der Elberfelder Eisenbahndirektion große Mengen bezogen und sind damit gründlich hineingelegt worden. Die Kartoffeln wurden als gute Speisekartoffeln empfohlen und die Besteller mußten sich schriftlich verpflichten, 25 bis 30 Prozent sofort und 75 Prozent bei Empfang der Kartoffeln zu bezahlen, indem sie gleichzeitig auf jede Reklamation bezüglich der Qualität verzichten mußten. Die ersten beiden Ladungen sollen leidlich gewesen sein, der größte Teil aber ist derart unter aller Kritik, daß viele Beamte und Arbeiter die Bezahlung verweigern, trotz der Verzichtleistung auf Reklamation. Sie sagen, man habe sie in den guten Glauben verjagt, Speisekartoffeln zu erhalten, und habe ihnen für Menschen ungenießbare Schweinekartoffeln geliefert. Dabei betrug der Preis nicht, wie der Minister angab, 2,70 Mk. bis 2,90 Mk., sondern 3,60 Mark für den Zentner.“

Bermutlich wird der Eisenbahnminister nun einen spaltenlangen Rechtfertigungsartikel veröffentlichen, um zu beweisen, daß seine Kartoffeln von ganz besonderer Güte waren.

### Na also!

Bekanntlich ist im Frühjahr dieses Jahres von Reichstagsabgeordneten mehrfach Beschwerde über die eigenartige Behandlung von Abgeordneten auf deutschen Eisenbahnen erhoben worden. Die Angelegenheit hat jetzt ihre Erledigung dadurch gefunden, daß Herr Delbrück sämtlichen Reichsboten in einem gedruckten Zirkular mitteilen läßt, daß den Eisenbahnbeamten ein höfliches und zuvorkommendes Verhalten gegenüber den Reichstagsabgeordneten zur besonderen Pflicht gemacht wird. Auf Einzelheiten der Beschwerden ist, weil zu allgemein gehalten, nicht eingegangen worden. — Die Herren Reichsboten werden also jetzt, bis zum nächsten Fall, befriedigt sein.

### Eine Submissionszentrale

hat der Hansabund mit 1. November errichtet. Die Zentrale soll mit Hilfe des Hansabundes das gesamte deutsche Submissionswesen kontrollieren und auf Reformen hinwirken.

### Das Kompromiß auf den Kaisergräbern in Speyer.

In ziemlich versteckter Stelle tritt die „Germania“ den Mitteilungen entgegen, die Genosse v. Vollmar in der „Münchener Post“ gemacht hat. Die Tatsache der Zusammenkunft im Dom kann die „Germania“ natürlich nicht bestreiten, aber sie gibt dem Vorfall selbst folgende Deutung:

Dieser Geistliche, der nun nicht der jetzige Erzbischof von München, von Bettinger, war, sondern der ehemalige Abgeordnete Domherr Zimmern, hat auf Herrn von Vollmars Aufforderung ihm den Dom und die Krypta gezeigt. Dem Wunich Herrn v. Vollmars kam Abg. Zimmern um so lieber nach, da er viele gemeinschaftliche Interessen mit jenem teilte. Wenn während der Besichtigung das Gespräch auch auf Politik gekommen sein soll, so ist das in politisch bewegten Tagen schließlich kein Wunder. Das Wahlkompromiß aber ist weder im Speyerer Dom angeregt, noch gar abgeschlossen worden.

Dieses Dementi darf als völlig vorbeigelungen bezeichnet werden gegenüber den bestimmten Angaben Vollmars.

### Die Dementier-Sprige in Lätigkeit.

Die preussische Regierung hat offenbar bereits damit eingelegt, ihr unrichtig erscheinende Behauptungen öffentlich zu widerlegen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß es zwei Fortschrittler sind, gegen die die Dementier-Sprige in Lätigkeit gesetzt wird. Aus Anlaß der Lennerungsdebate im Reichstage war es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Dr. Pachnische und dem preussischen Landwirtschaftsminister über die

Preise für Kartoffeln und Schweinefleisch gekommen. Der Abgeordnete Robelt hatte dann später die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Pachnische noch unterstrichen. Diese beiden Abgeordneten nimmt sich nun die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ her, um in einem Artikel, der nicht weniger als zwei Spalten umfaßt, nachzuweisen, daß die beiden fortschrittlichen Abgeordneten unrecht hatten und daß das Recht auf Seiten des Landwirtschaftsministers stand.

Die Widerlegung ist mehr eine akademische Vorlesung darüber, ob das Preisermittlungsverfahren der preussischen Regierung richtig ist oder nicht. Wenn im Wahlkampfe in der gleichen Weise verfahren werden sollte, d. h., daß die Regierung auf jede Frage eingehen will, die in einer ihr nicht zusagenden Form angeknüpft wird, dann scheint es sehr fraglich, ob die Papierfabriken in der Lage sein werden, den Bedarf an Papier zu decken, das zur Verbreitung der behördlichen Weisheiten nötig werden wird. Hoffentlich aber gewöhnt man es sich ab, Reichstagsabgeordnete, die aus ihrer besten Überzeugung heraus gesprochen haben, in der Weise anzurempeln, wie das am Schluß des unheimlich langen Artikels der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ geschieht, wo dem Abgeordneten Robelt mit dürren Worten vorgeworfen wird, daß er über eine Sache gesprochen habe, von der er nichts verstand. Man mag den Abg. Robelt, einen Fleischermeister, einschätzen wie man will, aber schließlich wird man doch zugeben müssen, daß ein Mann, der im praktischen Leben steht, über die Gestaltung der Fleischpreise schließlich ein treffenderes Urteil abgeben kann, als der Minister, der mit seinem ganzen Heer von Bürokraten sich auf den trockenen Akteninhalt stützt.

Welchen Wert die Statistik dann hat, wenn sie beweisen soll, wie vortrefflich das Volk sich gegenwärtig nährt, ergibt sich schon daraus, daß nach eben dieser Statistik auf den Kopf der Bevölkerung ein Fleischkonsum von wöchentlich 1½ kg entfällt. Rechnerisch mag das richtig sein, den Tatsachen entspricht es aber nicht, sonst müßte eine aus Mann, Frau und vier Kindern bestehende Arbeiterfamilie wöchentlich 9 kg Fleisch auf dem Tisch sehen. Jeder, der das praktische Leben in seiner Wirklichkeit und nicht etwa nur aus den Akten kennt, wird zugeben müssen, daß Arbeiterfamilien, die sich gegenwärtig diesen Fleischkonsum leisten können, jedenfalls sehr dünn gesät sein dürften. Die Regierung wird also, wenn sie im Wahlkampfe ihre Ansichten zur Geltung bringen will, schon eine etwas andere Methode wählen müssen.

### Das Spiel mit der preussischen Wahlrechtsreform.

das die „Frankfurter Volksstimme“ aufgedeckt hat, wird vorerst von der rechtsstehenden Presse totgeschwiegen. Nur die „Berl. Neuesten Nachrichten“, ein hin und wieder offizioses gelpertes Blatt, übernimmt einige der Angaben der „Frankfurter Volksstimme“ und erklärt die Angaben eigentlich für durchaus natürlich, aber dem jetzigen preussischen Landtage werde schwerlich eine Wahlrechtsreform mehr vorgelegt werden, die Regierung wurde den neuen Anlauf erst nach den preussischen Landtagswahlen unternehmen.

### Der Landrat drückt ein Auge zu.

In Ostelbien wird das Vereinsgesetz rigoros ausgelegt, wenn es sich um sozialdemokratische oder liberale Versammlungen handelt. Man kann dort aber auch Milde walten lassen, was wieder folgender, der „Frankfurter Zeitung“ aus Pommern gemeldeter Fall beweist. Danach hat in Röllin der dortige Flottenverein einen Vortragsabend mit Lichtbildern veranstaltet, an dem eine hochpolitische Resolution zum Ausbau der Flotte gefaßt wurde. Etwa die Hälfte der Versammlungsbesucher bestand nach dem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ aus Kindern und jüngeren Leuten unter 18 Jahren. Die freisinnige „Rölliner Zeitung“ hatte zu dem Vorkommnis bemerkt, man solle auch in Zukunft „nicht kleinlich sein und das Vereinsgesetz mit Wohlwollen ausführen, auch wenn nicht der Herr Landrat, sondern Oppositionsparteien Einberufer politischer Versammlungen sind.“ Daraufhin berichtigte der Landrat des Kreises, Herr von Eisenhart-Roth: „Es ist nicht richtig, daß der Vortrag eine politische Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes war, es war vielmehr eine Versammlung des Flottenvereins, Kreisgruppe Röllin.“

### Ein neues Mittel zum Massenmord.

Der „National-Zeitung“ wird aus Newyork telegraphiert:

„Der frühere Professor an der Harvard-Universität Wright hat einen neuen Explosivstoff erfunden, dessen Wirkung dreimal so stark wie die des Dynamits ist. Dieser neue Explosivstoff soll den wichtigen Vorzug besitzen, daß er ohne Gefahr gehandhabt werden kann, daß keine Erschütterung ihn zur Explosion bringt und daß er eine Hitze von 275 Grad Fahrenheit aushält.“

Die christlichen Heeres- und Marinechwärmer aller „Kultur“länder werden frohlocken.

### England.

Wegen Spionage wurde der Deutsche Mag Schulz vom Geschworenengericht der Grafschaft Devonshire zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 4. November.

Achtung, Banarbeiter! Über die Firma Glogner ist bei den Ausschachtungsarbeiten der Straßenbahn-Wagenhalle (Rabenstraße) wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Kein rechtlich denkender Arbeiter darf den entlassenen Kollegen in den Rücken fallen.

Die Tarifkommission.

Der Sozialdemokratische Verein hält am kommenden Dienstag abend im Gewerkschaftshaus seine Mitgliederversammlung ab. In derselben wird Gen. P. Löwig über den Streit des hiesigen Klüngels um die Futtertrippe referieren. Gewiß ein aktuelles Thema vor den Bürgerchaftswahlen. Weiter steht auf der Tagesordnung die Abrechnung und Statistik vom Rühle-Kursus. Vollzähliges Erscheinen der Parteigenossinnen und Parteigenossen ist notwendig.



Schwartauer Allee  
Ecke Beverdesstraße.

# W. Blumenthal

Kohlmarkt  
Ecke Sandstraße.

## Kamelhaar-Schuhe u. Stiefel

Kamelhaarschuhe	III. Qualität	Herren Paar	2 <sup>25</sup>	Damen Paar	2 <sup>00</sup>
Kamelhaarschuhe	II. Qualität Ledereinfluss.	Herren Paar	3 <sup>50</sup>	Damen Paar	3 <sup>00</sup>
Kamelhaarschuhe	I. Qualität Professor Jäger	Herren Paar	4 <sup>50</sup>	Damen Paar	3 <sup>75</sup>

Kamelhaar-Ohrenschuhe Ledersohle	21/24	25/30	31/35
	1 <sup>25</sup>	1 <sup>50</sup>	1 <sup>75</sup>

Rote  
Rabattmarken.

Kamelhaar-Schnallenstiefel	Herren Paar	4 <sup>00</sup>	Damen Paar	3 <sup>50</sup>	
Kamelhaar-Schnallenst.	Prof. Jäger gar. echt	Herren Paar	6 <sup>00</sup>	Damen Paar	5 <sup>50</sup>
Kamelhaar-Pantoffel	Herren	2 <sup>25</sup>	Damen	2 <sup>00</sup>	

Kamelhaar-Schnallenstfl. mit Ledersohle	22/24	25/27	27/30	31/35
	1 <sup>75</sup>	2 <sup>00</sup>	2 <sup>25</sup>	2 <sup>50</sup>

### Filz-Schnallenstiefel

extra warm mit Ledersohle und Fleck

für Herren **4<sup>00</sup>** für Damen **3<sup>50</sup>**

## W. Blumenthal

### Damen-Filzschürstiefel

Roßlederbesatz **4<sup>50</sup>**  
Vachetbesatz **5<sup>75</sup>**



St. Lorenz erstes und ältestes  
**Motor- und Fahrradhaus.**  
Neue und alte Fahrräder in großer Auswahl.  
Eigene Emailier- u. Vernickelungs-Anstalt. Größte Reparaturwerkst.  
**H. Benthien**  
Sachsenburger Allee 53.  
Telefon 2058.

**Beerdigungs-Institut „Pietät“**  
H. GRIMM, Wickedestr. 49.  
Fernsprecher 1424.  
Übernahme ganzer Beerdigungen  
Überführung m. eig. Transportwagen  
Gr. Lager v. Särgen u. Einkl. jed. Art.

**Täglich in allen Verkaufsstellen:**  
**Kraft-Dauer-Brot**  
C. Siemers, Struckmühle.  
Fernsprecher 1110.

**Pa. jung. kernfettes Rindfleisch** Pfd. von 78 Pf. an  
" " **Bratenstücke** Pfd. von 80 Pf. an  
" " **Scheiben-Beefsteak** Pfd. 120 Pf.  
" " **Rohfleisch** 90  
" " **gehacktes Beefsteak** 80  
" " **Rindfleisch** 70  
" " **Suppenfl.** 45  
" " **Galasch** 80  
" " **Jg. Schweinefleisch** v. 70 Pf. an  
" " **Bratenstücke** 75  
" " **Karbonade** 80  
" " **frische Schinken** Pfd. 90 Pf.  
" " **Flecken** 90  
" " **Hammerfleisch** 80  
" " **Kehlen u. Karbon.** 90  
" " **Kalbheisch** Pfd. v. 70 Pf. an  
" " **Kalbsbraten** 80  
" " **wie sämtliche Würstwaren, Speck, Schmalz, Dörrfleisch**  
**A. Draeger,**  
Piaffenstraße 11.

### Grösste Auswahl am Platze.

## Herren- u. Knaben-Garderobe

Hervorragender Sitz. ■ Hübsche Ausführung.  
Solide Qualitäten. ■ Gediegene Verarbeitung.

Herren-Anzüge	10 <sup>00</sup>	16 <sup>00</sup>	22 <sup>00</sup>	28 <sup>00</sup>	35 <sup>00</sup>	42 <sup>00</sup>	M. usw.
Herren-Paletots	11 <sup>00</sup>	17 <sup>00</sup>	24 <sup>00</sup>	30 <sup>00</sup>	37 <sup>00</sup>	46 <sup>00</sup>	M. usw.
Buckskin-Hosen	1 <sup>90</sup>	3 <sup>25</sup>	5 <sup>50</sup>	7 <sup>50</sup>	8 <sup>75</sup>	11 <sup>00</sup>	M. usw.
Jünglings-Anzüge	8 <sup>00</sup>	12 <sup>00</sup>	17 <sup>00</sup>	21 <sup>00</sup>	26 <sup>00</sup>	32 <sup>00</sup>	M. usw.
Knaben-Anzüge	2 <sup>25</sup>	3 <sup>60</sup>	5 <sup>75</sup>	7 <sup>50</sup>	9 <sup>75</sup>	12 <sup>00</sup>	M. usw.

Alle Weiten in extra schlank, untersetzt, Bauchform und normal!  
Jedermann findet daher genau passende Kleidung.  
Rote Lubeca-Marken oder 4 %.

## Spille & V. Lühmann

Lübecks größtes Spezial-Haus.

### Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.  
Vollst. Wohnungseinrichtungen.  
Selbstgefertigte Arbeiten.  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
Weitgehendste Garantie.  
Zimmereinricht. stets vorrätig.  
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.  
: Teilzahlung gestattet :  
Bei Barzahlung Rabatt.  
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

**Es wird Zeit!**  
unsere so beliebten Tip-Top-Bilder zu bestellen, da wir ab 1. Dezember wegen Arbeitsüberhäufung Bestellungen darauf nicht mehr annehmen können.  
**Atelier Lubeca, Breite Str. 13.**  
12 Tip-Top-Photographien M. 1.00  
12 Visit-Tip-Top-Photograph. M. 3.00  
Alle anderen Bilder in mod. und feinsten Ausführung zu billigen Preisen.  
Abds. Aufnahm. b. elektr. Licht.

**Aufgabe** halber verschied. Muster bedeutend unter Preis für Händler u. Private. Eleg. bestickte Salongarnituren in Tuch, Blüsch, Gobelin und Seidenbezug 100 M., 150 u. 165. Prachtvolle Blüschgarnituren 85 M., Portgarnituren 110 M., Divans 65 M., Umbauten 75 M., Salons u. Prunk-schränke 75 M., Vertikos, reich geschmückt 55 M., Salons und Auszug-tische 18 M., Gr. Trumeaus 35 M., Schreibtische, wertvolle Schlaf-zimmer, Küchen, Garderoben, Leder-stühle. Hunderte von Dankschreiben für prachtvolle Lieferungen.  
Lager: Bahmstraße 83.

## Gärung bei den niederschlesischen Bergleuten.

In England bereiten die Bergleute den Generaistreik vor, um sich einen Mindestlohn von 8 Mk. zu erkämpfen. In Deutschland stehen die Durchschnittslöhne lange nicht so hoch; sie gehen bedeutend herunter und erreichen in einzelnen Distrikten einen Tiefstand, der zu ernstlichen volkswirtschaftlichen Sorgen Anlaß gibt. Der Jahresverdienst eines Arbeiters der Gesamtbelegschaft betrug nach den Angaben der Bergämter:

	1908	1909	1910
Im Dortmunder Bezirk	1494 Mk.	1350 M.	1312 Mk.
Im Oberschlesien	1016 "	986 "	954 "
Im Saarrevier	1182 "	1136 "	1121 "
Im Aachener Bezirk	1409 "	1344 "	1375 "
Im Niederschlesien	1000 "	975 "	974 "

Gefallen sind die Löhne also überall. Während sich aber in einzelnen Revieren wiederum eine steigende Tendenz zeigt, geht die Lohnsumme in Niederschlesien ständig zurück. Das ist eine umso trübere Erscheinung, weil die Löhne dort an sich schon zu den niedrigsten gehören und jede weitere Erniedrigung jetzt in der Zeit der schwersten Teuerung für den niederschlesischen Bergmann zu einer ganz verzweifelten Situation führt. Zahlenmäßig drückt sich dieser Lohnverlust so aus: Seit 1907 bis jetzt 1911 beträgt der Verlust pro Schicht 13 Pfg., oder bei 300 Schichten 39 Mk. Zieht man in Betracht, daß 1907 das Geld eine bedeutend größere Kaufkraft hatte wie 1911, so ist zu konstatieren, daß die niederschlesischen Bergleute ihr Leben in der Zeit der Teuerung und des Lebensmittelmachers mit viel weniger Geld tristen sollen, wie in billigeren Zeiten mit höherem Einkommen. Daß solche tollen Zumutungen die Bergleute aufpeitschen und selbst einzelne Belegschaften reichstreuer Grubenarbeiter mit fortgerissen haben, ist begreiflich.

Es gärt ganz bedenklich in Niederschlesien. Bisher hat sich die Form der Lohnbewegung, die aus dieser Gärung entstanden ist, in engen Grenzen bewegt. Die Arbenausschüsse haben bei ihren Direktionen die Bitte eingebracht, den Belegschaften eine Lohnverbesserung von 15 Proz. zu gewähren. Das wurde rundweg abgelehnt. Aber weil die Not der Bergarbeiter zu augenfällig ist, ließen die Direktionen an verheiratete Grubenarbeiter Brot und Kartoffeln zum Selbstkostenpreis verteilen. Diese Art Fürsorge anstatt der Lohnzulage erbittert die Bergleute noch um ein gut Teil mehr. Einmal ist die Quantität der gelieferten Waren verschiedentlich sehr schlecht und zum ändern werden hierbei auch noch die „guten“ Elemente der Arbeiter und Beamten von den Direktionen bevorzugt.

Eine Lohnerhöhung in baar lebten die Grubenverwaltungen mit der Behauptung ab, daß die Abbauverhältnisse der niederschlesischen Kohle sich verwickelt haben und dadurch und weiter durch die Einführung der achtsündigen Schicht sich die Produktionskosten erhöht hätten. Wie unwahr diese Behauptung ist, geht schon daraus hervor, daß früher bei der zwölfsündigen Schicht 186 Tonnen pro Bergmann gefördert wurden, und heute bei der achtsündigen Schicht 198 Tonnen Kohle gefördert werden. Aber noch aus einem Grunde ist die Behauptung von der Unrentabilität der Gruben eine Flunkerlei. Eine der größten Bergwerks-

gesellschaften z. B. hat für die Modernisierung ihres Betriebes und Einrichtung großartiger Koksanlagen Anleihen in Höhe von 4 Millionen Mark aufgenommen. Diese Anleihen sollen bis 1926 getilgt sein, und die Gesellschaft schreibt ungefähr 200 000 Mk. jährliche Tilgungsquoten vom Rohgewinn ab, ohne daß sie aber zugeben will, daß diese und andere Abschreibungen Gewinne darstellen, die von der Belegschaft verdient sind. — Die Politik der fünf niederschlesischen Bergwerksgesellschaften, die sich zu einem Syndikat vereinigt haben, geht dahin, die Produktion durch möglichst niedrige Löhne zu verbilligen und die obigen Zahlen beweisen ja auch, daß es ihnen bisher gelungen ist, billiges Menschenmaterial hierfür zu erhalten. Aber die außerordentlich starken Abwanderungen der schlesischen Arbeiter nach dem Westen und die jetzt ernste Gärung unter den bisher zufriedenen Arbeitern sind doch starke Beweise dafür, daß diese Bedrückungs- und Ausbeutungspolitik der niederschlesischen Grubenfürsten und Grafen zu Ende geht.

## Der Raubkrieg.

In Berliner unterrichteten Kreisen wird jetzt die Nachricht bestätigt, daß sämtliche Außenforts der Stadt Tripolis sich in den Händen der Türken befinden, während die Italiener auf die Stadt selbst und die Innenforts beschränkt sind. Man nimmt an, daß die türkisch-arabischen Streitkräfte recht bedeutend sind, weil sie sonst die Einschließung der ebenfalls beträchtlichen italienischen Truppen nicht hätten vornehmen können. — Da kann es den Italienern noch recht schlecht ergehen.

In Tripolis selbst nimmt die Cholera zu; sie hält heute schon eine reiche Ernte unter den Eingeschlossenen, deren Schicksal jeden Menschenfreund mit Mitleid erfüllen muß. Sind es doch an dem Krieg unschuldige Menschen, die hier das Bad zu kühlen haben.

## Die Revolution in China.

Die Revolutionäre geben den Kampf nicht auf. Sie haben am 2. November das Arsenal von Schanghai eingenommen und sich, nachdem die Polizeitruppen mit ihnen gemeinsame Sache gemacht hatten, in den Besitz der Chinesenstadt gesetzt. Auch die Stadt Schinjinsien ist von ihnen eingenommen.

Aus Hankau kommt folgende undatierte Depesche: Am Sonntag (?) nachmittag eroberten die Aufständischen die Verstärkungen erhalten hatten, die Stadt Hankau wieder. Am Montag morgen bombardierten die Kaiserlichen die Stellung der Aufständischen die den Fluß blockierten. Die Forts von Hanyang feuerten über den Fluß hinweg.

Die Aufständischen enthaupteten den Obersten Schanahjinyang, der in den Kämpfen am Freitag den Befehl geführt hat, da er des Verrats verdächtig war. Andere Offiziere traf das selbe Schicksal. Fremde berichten, daß sie mit angesehen haben, wie die Aufständischen 20 gefangene Kaiserliche und etwa 1000 Verwundete töteten. (?)

Telegraphischer Meldung aus Peking zufolge hat die kaiserliche Regierung eine Reihe von Bestimmungen an-

genommen, die die Nationalversammlung als notwendige Grundlagen der von ihr zu entwerfenden Verfassung vorgelegt hat. Die Bestimmungen legen die Einführung des Parlaments, dem die Kontrolle über die Ausgaben und die Verwaltung zustehen soll, sowie eines Ministeriums, das vom Parlament gewählt werden und ihm verantwortlich sein soll, fest. Bis zur Einführung und Versammlung des Parlaments soll die Nationalversammlung seine Stelle einnehmen.

Suañchikaisandie telegraphisch eine Denkschrift an den Thron, in der es ablehnt, den Vorsitz im Kabinett zu übernehmen. Es ist nicht möglich, zu sagen, ob dies eine wirkliche Ablehnung oder nur eine Äußerung der Bescheidenheit ist, denn die Sitte verlangt einige abschlägige Antworten bei solchen wichtigen Stellungen.

## Gewerkschaftsbewegung.

Eine allgemeine öffentliche Sammlung für die ausgesperrten Tabakarbeiter schreibt die Generalkommission der Gewerkschaften in der neuesten Nummer des „Correspondenzblattes“ aus. An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergeht damit die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammellisten werden von der Generalkommission nicht versandt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden. Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Tabakarbeiter aufgeführten Gelder nur an die Generalkommission abzuführen.

Erfolgreicher Tarifabschluss in den Waggitwerken in Singen. Vor einiger Zeit beauftragten die Arbeiter der Waggitwerke in Singen die Bezirksleitungen des Fabrikarbeiterverbandes und des Metallarbeiterverbandes, der Firma einen Tarifvertragsentwurf zu unterbreiten und um Verhandlungen nachzusuchen. Nach drei Verhandlungen gelangte denn auch der Tarif zur Annahme. Durch den Tarif, der für sämtliche bei den Waggitwerken beschäftigten Arbeiterkategorien Einheitslohn- und Höchstlöhne vorieht, sind für die dort beschäftigten 1600 Arbeiter und Arbeiterinnen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf die kommenden vier Jahre geregelt und in materieller und sonstiger Beziehung bedeutende Verbesserungen gegenüber den bis jetzt bestehenden Verhältnissen erzielt worden. Die eintretenden Lohnerhöhungen belaufen sich je nach den Arbeiterkategorien auf 90 Pfg. bis 4.80 Mk. pro Woche. Weiter sind Ferien vorgesehen, die je nach der Beschäftigungsdauer drei bis acht Tage betragen; der Lohn wird fortgezahlt. Die Organisationsvertreter haben das Recht, an den Sitzungen des Arbeiterausschusses mit der Firma teilzunehmen. Dieser gewerkschaftlich bedeutende Erfolg wurde wesentlich erleichtert durch die Stellung, die die Leitung der Waggitwerke der Arbeitererschaft gegenüber einnimmt. So erklärte Herr Maggi: „Wir betrachten die Gewerkschaften als Dioniere des Kulturfortschritts und sind umso mehr geneigt, ihre Bestrebungen zu unterstützen, als wir in ihnen das Mittel zur Ordnung der sozialen Frage auf dem Wege der Evolution erblicken. Die Leitung des Waggit-Unternehmens stehe nicht auf dem veralteten Standpunkt, absoluter Herr im eigenen Hause sein zu wollen. Wir haben von jeher in unseren Arbeitern und Beamten nicht Maschinen, sondern Mitarbeiter an der gemeinsamen Aufgabe erblickt und das Recht der Persönlichkeit in ihnen gesucht. Auch sind wir willens, den Einfluß der Arbeitererschaft auf den Fabrikbetrieb noch weiter zu rücken.“ Die Scharfmacher im Unternehmenslager werden

## Mut zur Sünde.

Roman von Max Kreyer.

(32. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Einige Augenblicke sah Emmerich sie verblüfft an; dann ging er kopfschüttelnd und lachend vor ihr auf und ab.

„Aber Verehrte, Gütige, hören Sie mal — machen Sie doch nicht solche Scherze. Aufgeben, ich? Daran denke ich gar nicht. Ich habe ja keinen Grund dazu, nicht den mindesten. Und was soll Ihr Gatte dazu sagen, mein Protektor! Und das Personal, das ganze Personal? Und Sie, und Sie? Ja, lachen Sie nur, schließlich meinen Sie es doch nicht so. . . Und dann, sehen Sie, könnte das Geschäft auch darunter leiden. Ich habe mir doch auch schon meine Freunde erworben.“

Er sagte nicht zu viel, denn es gab Kunden, die bezauvert von seiner Liebenswürdigkeit waren.

Die Firma Frobel wird sicher deswegen bestehen bleiben,“ warf Frau Frobel spöttlich ein.

Emmerich blieb stehen und überlegte ein Weilchen; dann sagte er durchaus ernst: „Gut, gut, dann geben Sie mir meinen Sohn mit — pardon, unseren Sohn. Vielleicht belehre ich ihn noch zum Respekt vor mir.“

Ernestine fuhr auf. Schon hatte Sie ein großes Wort auf den Lippen, als sie lächelnd darüber hinweg kam. Lassen Sie doch endlich diese märchenhaften Gedanken,“ sagte sie trocken. „Sie machen damit wirklich keinen Eindruck auf mich.“ Emmerich jedoch erwich dieser Handlungsvorschlag wie ein genialer Gedanke, den er erst in Heiterkeit verarbeiten mußte. Dann lenkte er das Gespräch wieder zurück. „Verzeihen Sie, verehrteste Freundin, wenn mir da eben etwas einfällt; aber es liegt nicht an mir, wirklich nicht an mir. Waren Sie wehrlos, als Sie damals zu mir kamen? . . . Sehen Sie, Sie schweigen.“

Ja, sie schwieg, aber nicht lange. „Zu Ihnen gekommen?“ lachte sie grausam hervor. „Zu Ihnen? Bah. . . Nein, mein Lieber. Der Mann ist längst tot, gestorben und verstorben. Untergegangen und vermodert an seinem Ruhm. Beweint nur von einer. Möglich, daß er einen Doppelpänger hat, möglich, dann aber nur zum abschreckenden Beispiel für andere. Was wissen Sie noch von dem Mann?“

Und das Zucken ihrer Lippen und ihr klägliches Blättsprachen mehr zu ihm, als ihre Worte.

Emmerich sah sie betroffen an; dann ging er schweigend von ihr hinweg mit der Sammlung seiner Gedanken beschäftigt. Schließlich sagte er kleinlaut: „Nein, teuerste Frau Frobel, glauben Sie das nicht. Er lebt noch, wenn auch vielleicht nicht in derselben Aufmachung wie Sie denken. Du lieber Gott, Sie haben sich ja auch verändert. Na, streiten Sie nicht. Und wie haben Sie sich verändert. Sie unterdrücken Ihr Temperament, ich lasse es schiefen. Das ist wohl so der Unterschied zwischen uns beiden. Wissen Sie noch, was Sie damals von der großen Leidenschaft sprachen? Himmel, ist die bei Ihnen verkümmert. Ich aber habe sie noch. Teufel ja, ich habe sie noch. Und sie soll auch erst verkümmern, wenn man mich wirklich dahin trägt, wo sie mich schon so — so allmählich, so stückweise begraben haben. Aber so war sie immer, die holde Weiblichkeit: erst schmeckt's ihr, und dann schimpft sie.“

Und dabei sah er nicht, wie sie sich tiefer beugte und die Lippen zusammenpreßte, um einen Seufzer zu unterdrücken.

Plötzlich wurde er geschäftlich bewegt. „Ich muß hinunter, ich muß hinunter, Frau Frobel. Und damit Sie sehen, daß ich wirklich noch lebe: also Verzeihung für meine Sünde, meinerwegen auch für meine Unverschämtheit. Es war eine Verirrung, eine verfluchte Verirrung, aber ganz verzeihlich. Betragt haben Sie ja nicht. Na, es soll nicht wieder vorkommen, niemals. Von meiner Seite nicht. Nie, nie. Das verspreche ich Ihnen. Diesmal will ich's halten. Aber so'n bißchen andeten werde ich Sie wohl doch noch können. Natürlich mit Ihrer Erlaubnis. Zufrieden? Bewahren Sie mir also ferner ihr Wohlwollen.“

Und während er sie so lieblich mit Nadeln bespitzte, ergriff er mit beiden Händen ihre Hand und zog sie an seine Lippen.

Herr Dietrich Frobel, der im selben Augenblick aus der Wohnung hereintrat, um zu sehen, weshalb seine Frau heute so lange auf sich warten lasse, rief lachend ein „Bravo“ dazu. „Hören Sie, lieber Freund, das haben Sie mir schon ganz gut abgeguckt.“ legte er gemütlich los. „Aber recht so, recht so. Kaltes, kaltes monsieur, vous avez raison. Immer galant gegen ihre Frau Chef, immer galant.“

Er dachte sich nichts dabei, denn erstens war er nicht eifersüchtig, am allerwenigsten auf diesen abgetanen Verehrer, dem man zu einer Existenz verholfen hatte, und zweitens ersah ihm seine liebe Ernestine als das Urbild aller Verunft und in unerlaubten Empfindungen ebenso unerschütterlich, wie in ihrer schon fast sprichwörtlich gewordenen Ruhe an dieser geheiligten Kaufmannsstätte.

„Oder, du, hat er vielleicht was verbrochen, he? Etwas nicht recht gemacht, wie?“ Er drohte Emmerich mit dem Finger, so wie man einem unartigen Jungen droht. „Sie lachen? Sehen Sie, sehen Sie — meinen Prophetenblick. Bei uns dürfen Sie immer auf Nachsicht rechnen, ganz besonders von seiten meiner verehrten Gattin. Nicht wahr, liebste Linchen?“

Und um seine gute Stimmung noch mehr zu beweisen, reichte er dem schönen Dedo seine Zigarrentasche hin mit dem üblichen Hinweis auf die Sorte für die Bevorzugten.

„Sie sind ein Menschenfeind“, sagte der Sänger mit offenem Spott, den natürlich nur Ernestine verstand, denn Dietrichs Gedanken waren bereits wieder einer anderen Frage zugeeilt. Es handelte sich um die große Gesellschaft, die man in acht Tagen hatte und zu der die Einladungen bereits ergangen waren. Es war Sitte, daß man bei solchen Gelegenheiten noch einige Bevorzugte des Geschäftes bei sich hat, so den Fabrikleiter, den Produktisten und natürlich auch Herrn Ahlemann.

„Sie kommen doch, Wester, Sie kommen doch? Das müssen Sie, auf jeden Fall. Wie steht denn die Sache?“ Und er sah seine Frau an, die in Verlegenheit geriet. Daran hatte sie gar nicht gedacht, denn sie scheute die Anwesenheit Emmerichs, Günthers wegen. Nun aber, in die Enge getrieben, zeigte sie sich geneigter, obgleich sie diesen dummen Einfall ihres Mannes verwünschte.

„Ja, richtig, darüber wollte ich auch noch mit Ihnen sprechen“, sagte sie gefast; und zu ihrem Manne gewandt: „Ich glaube, du würdest das besorgen. Hast du denn Herrn Emmerich nicht persönlich eingeladen?“

Der gute Dietrich ritz die Augen groß auf und ließ sein Vogelgesicht hin- und hergehen, gewissermaßen mit einem neugierigen Ausdruck. Natürlich traute er wieder seinem Gedächtnis nicht und glaubte allen Ernstes, sie hätte ihm diesen Auftrag dazu schon erteilt.

„Wie? Was? Habe ich darüber noch nicht gesprochen? Nein?“ begann er eingeschüchtert. „Dann Entschuldigung. Natürlich hole ich es hiermit in aller Freundschaft nach. Sie kommen also, nicht wahr? Und wenn Sie noch keine offizielle Einladung haben sollten. . .“

„Dann kriegen Sie sie eben noch“, warf Frau Frobel geizert ein.

Der schöne Dedo fühlte sich gehoben wie selten. „Herrschaften, Herrschaften, ihr erweist mir Gnaden. . . Gnaden erweist ihr mir. . . Natürlich nehme ich dankbar an, dankbar. Freunde, wie soll ich das noch gutmachen! Gnädige Frau —“. Und er beugte sich nochmals über ihre Hand. (Fortsetzung folgt.)

eine solche Stellungnahme sicher nicht begreifen und nicht billigen.

**Unternehmer-Terrorismus.** Die Lederfabrikanten zu Schwegen (Bez. Cassel) terrorisieren ihre Arbeiter auf das schlimmste, um sie dem Lederarbeiterverband abwendig zu machen. Ohne daß die Organisation Forderungen gestellt oder zu stellen die Absicht hatte, wurde Ende voriger Woche durch Anschlag in den Fabriken bekannt gegeben, daß alle Arbeiter aus dem Verbanne auszutreten hätten, wenn sie nicht auf der Stelle entlassen werden wollten. Am Sonntagabend wurde nun in einem Betriebe drei organisierten Arbeitern gefoltert, und da die Organisation den Plan der Industriellen vereiteln will, so legten sämtliche 80 Arbeiter des einen Betriebes die Arbeit ebenfalls nieder. Daraufhin wurde auch in den anderen Werken eine Aussperrung in Aussicht gestellt. Unter den Besitzern der letzteren Werke befindet sich ein Fabrikant, der erst vor kurzem in öffentlicher Versammlung erklärt hat, daß er gegen die Zugehörigkeit seiner Arbeiter zum Lederarbeiterverband nichts einzuwenden hätte. Zweifellos ist dieser Arbeitgeber von seinen organisationsfeindlichen Kollegen gezwungen worden zur Entziehung seiner Arbeiter; man bedient sich also des schamlosesten Terrorismus zur Unterdrückung der Organisation. Sicherlich wird sich kein Staatsanwalt finden, der dem Verbot der Verhöhnung und Nötigung in Schwegen Geltung verschafft. Aber die Lederarbeiter werden den Zugzug fernhalten, damit der Anschlag der Schweger Lederfabrikanten auf die Organisation der Lederarbeiter mit Erfolg abgewehrt werden kann.

### Die Berliner Kommunalwahlen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Berlin, die am Sonntag, dem 5. November, stattfinden, sind in mehrfacher Hinsicht von einer besonderen Bedeutung. Zunächst finden sie in der dritten Klasse mit einer Neueinteilung der Wahlbezirke statt, die wenigstens die allergrößten Ungleichheiten innerhalb dieser Klasse der Wählerzahl nach ausgleicht. Immerhin schwanken auch hier die Zahlen der Wahlberechtigten in den einzelnen Bezirken noch zwischen 6500 und 8900. Viel trassere Gegenstände in dieser Hinsicht haben aber die erste und zweite Abteilung der Wahlklassen behalten, die nicht neu eingeteilt wurden. In der zweiten Abteilung ist die Ungleichheit der Wahlbezirke am tollsten. Hier kommen Bezirke mit 708 Wählern vor gegenüber Bezirken mit 5369 Wählern, alle Bezirke mit dem gleichen Recht, je einen Stadtverordneten zu wählen. Für die dritte Abteilung also ist es unserer Parteigenossen nach vieler Arbeit gelungen, eine halbwegs ausgleichende Gerechtigkeit in der Zahl der Wähler durchzusetzen, sodas in allgemeinen auf jeden Bezirk zwischen sieben- und achttausend Wähler kommen.

Außer dieser Neueinteilung der Bezirke in der dritten Wählerklasse ist das Neue bei den diesmaligen Wahlen, daß sie an einem Sonntage stattfinden, eine Erscheinung, die in Berlin völlig neu ist, und die gleichfalls auf das Verdienst der Sozialdemokraten zurückzuführen ist, die auch hierzu den ersten Anstoß in Berlin gegeben haben.

Von diesen beiden fortschrittlichen Erscheinungen abgesehen, geht im übrigen die Wahl am Sonntag in Berlin unter den gleichen reaktionären plutokratischen Verhältnissen vor sich, wie sonst und wie überall dort, wo das Geldstimmrecht, das Dreiklassenwahlrecht noch die Rechte der Wähler bestimmt. In dieser Hinsicht sind die Berliner Stadtverordnetenwahlen ein neuer Beweis für die Ungeheuerlichkeit des Dreiklassenwahlrechts. Bei einer Gesamtsteuerleistung der Stadt Berlin von 73 785 709 Mk. kommen auf jede Abteilung ungefähr 2 1/2 Millionen Steuern. Nach dieser Steuerleistung der Abteilungen kommen

erste	532	Wähler,
zweite	32 078	und
dritte	354 546	

Es hat also ein Wähler der ersten Klasse ein 38faches Wahlrecht gegenüber jedem Wähler der 2. Abteilung und ein 24faches Wahlrecht gegenüber jedem Wähler der dritten Abteilung. Eine fürchterlichere Kennzeichnung der Ungleichheiten des elendesten aller Wahlsysteme ist kaum denkbar!

Was die speziellen Wahlverhältnisse der diesmaligen Wahl betrifft, so scheiden in jeder Abteilung 16 Stadtverordnete aus. In der ersten und zweiten Abteilung ist kein Zweifel und kein Streit, daß die Berliner sogenannten Liberalen ihre Bezirke dank des Geldstimmrechts behalten. In der dritten Abteilung, die im ganzen, wie auch die erste und zweite, 48 Mandate enthält, gehören bisher im ganzen 38 Mandate der Sozialdemokratie, 10 sind bisher noch dem Freisinn zugänglich gewesen. Von den 18 Mandaten der dritten Abteilung, die am 5. November zur Entscheidung gestellt sind, gehören bisher 10 der Sozialdemokratie und 6 dem Freisinn. Die 10 bisherigen sozialdemokratischen Mandate sind so gut wie unbestritten sozialdemokratischer Besitz. In dessen Verhältnis zu drei von ihnen, nämlich im 13., 15. und 23. Wahlbezirk die Freisinnigen den starken Mann zu markieren und haben Gegenkandidaten aufgestellt, ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt. Amgekehrt in jeder Hinsicht versuchen unsere Parteigenossen mit großer Aussicht auf Erfolg in den bisherigen sechs freisinnigen Bezirken, nämlich im 1., 2., 3., 4., 5. und 14. Wahlbezirk, die Freisinnigen aus ihren Positionen zu verdrängen. Die Situation ist im ersten, zweiten und dritten Wahlbezirk nach Lage der Stadtteile und ihrer Verdrängung für unsere Partei nicht besonders günstig. Es handelt sich um jene Stadtteile, die sich um das Schloss und die Berliner City einerseits, andererseits um das sogenannte Bankenviertel und den alten Berliner Westen gruppieren. Natürlich sind auch diese Stadtteile mit rein proletarischem Charakter durchsetzt und dadurch fernwegs vor einem sozialdemokratischen Siege geschützt.

Die Freisinnigen haben das durchaus berechnete Gefühl, daß die dritte Abteilung, wie sie ihnen nicht wirtschaftlich und nicht politisch zuzunehmen, ihnen auch kommunalpolitisch nicht zuzunehmen; sie haben daher in ihren maßgebenden Pressorganen ihren Wählern den sozialdemokratischen Schrecken in aller Farbenpracht dargestellt. Einige liberale Stadtverordnete, die bisher in der dritten Abteilung gewählt wurden, haben außerdem ohne den Versuch eines Kampfes auch schon den besten Teil der Parteifreiheit erwähnt, sind aus der dritten Abteilung freiwillig verschwunden und haben sich ein Alibi in der zweiten und ersten Abteilung sichern lassen.

**Danksagung.**  
Für die Beweise herzlichster Teilnahme, sowie für die zahlreichen Kranzspenden, insbesondere aber für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Beyer am Grabe unserer lieben Entschlafenen sagen hiermit unsern herzlichsten Dank.  
**Andreas Mengel und Familie.**

**Danksagung.**  
Allen Verwandten u. Bekannten, die unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere Herrn Pastor Beyer für die trostreichen Worte am Sarge der Entschlafenen unsern innigsten Dank.  
**Familie Höper.**

Unsere Berliner Parteigenossen werden sich am Sonntag ein besonderes Vergnügen und eine besondere Parteipflicht daraus machen, nach Möglichkeit auch den letzten freisinnigen Stadtverordneten unfreiwillig aus der dritten Abteilung in irgend ein ruhigeres Feld seiner Tätigkeit zu befördern.

### Ein großkapitalistischer Betrieb und seine Jahresabrechnung.

Die Ergebnisse eines Arbeitsjahres der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft sind nun bekannt. 1910/11 hat wieder 14 Proz. Dividende gebracht, abgesehen von den sonstigen Gewinnen.

In wieviel Einzelunternehmen zerfällt die A. E. G., in welchen Massen sind bei ihr die fleißigen Arbeitskriegen tätig, was leisteten sie in dem einen sechsten vergangenem Rechnungsjahre? Das sind Fragen, die sich auch zu beantworten lohnen. Welcher Art die einzelnen Fabriktbetriebe und Geschäftszweige sind, sei in nachfolgendem kurz zusammengefaßt. Die A. E. G. besitzt eine Maschinenfabrik für Elektromaschinen, Lokomotivmotoren und Transformatoren, Hochspannungsfabrik für Apparate und Transformatoren bis zu 110 000 Volt und 20 000 Pferdestärken, Fabrik für Eisenbahnsignale, Fabrik für Dynamos, Turbinenfabrik für Turbodynamos, Apparatefabrik, Vogenlampenfabrik, Zählerabteilung, für elektrische Stromzähler, Schreibmaschinenfabrik, Fabrik für elektrische Heiz- und Kochapparate, Porzellan- und Lackfabrik, ein Kabelwerk, Oberspree, Werk für die Herstellung von Hochspannungsdrähten, Brei- und Stanzwerk, Werk für Messingstangenzieherei, Rohrzugwerk, eine Lampenfabrik und ein Automobilunternehmen.

Die aufgezählten Betriebe, wovon einzelne allein schon Tausende von Personen beschäftigen, betreffen natürlich nur die Fabrikation der A. E. G. Ihr Wirkungsgebiet ist über die ganze Erde verbreitet. Dies beweisen im besonderen die Elektrizitätszentralen, welche die A. E. G. 1910/11 erworben, resp. erweitert hat. Es waren die Elektrizitätsgesellschaft Osterrand bei Konneburg mit 117 Zentralkraften, überlandzentrale für die Kreise Arnswalde und Pyris, Anhaltinische überlandzentrale für den Kreis Bernburg, überlandzentrale Salzweide — Kreis — mit 170 Ortskraften, überlandzentrale für die Amtshauptmannschaft Pirna mit 150 Orten.

Zu diesen Leistungen kommen Kraftzentralenausbauten für Verwertung von Wasserkraften in Transvaal, Deutschland, Schweden usw. Stromzulieferungsanlagen baut die A. E. G. in allen Teilen der Welt. Viele Straßenbahnen bestellen ihren Wagenpark bei der A. E. G. Aber auch in diesen kurz skizzierten und noch lange nicht vollständigen Tätigkeitsgebieten und Leistungen ist die Macht und Bedeutung der A. E. G. noch nicht erschöpft. Die in ihr stehende Geldmacht ist, in Aktien umgewandelt, zur wirklich entscheidenden und ausschlaggebenden Gewalt in etlichen hundert Unternehmen geworden. Ganz abgesehen davon, daß die A. E. G. dadurch Herr über Zehntausende von Arbeiterfamilien geworden ist, kann sie selbst den Gang der Konjunktur beeinflussen. Sie ist der Kern, um welchen sich in absehbarer Zeit einmal der deutsche Elektrotrost gruppieren wird.

### Aus Nah und Fern.

**Gegen die Adoptionsbureaus** erläßt das Polizeipräsidium in Berlin wieder eine Erklärung, die besagt: Mehrere Bureaus, die sich mit der Vermittlung von Adoptionen und Unterbringung von Pflegekindern beschäftigen, geben als Referenz für ihre Tätigkeit das hiesige Polizeipräsidium an. Die Behörden sollen bestätigen können, daß und wieviel Kinder durch das Bureau vermittelt wurden. Es sind jedoch in dieser Richtung noch niemals Feststellungen erfolgt, und es bezieht die einzige Beziehung zwischen der Behörde und den Bureaus darin, daß bei einem eventuell vorliegenden Verdacht des Adoptionsbureaus im Wege gesetzlicher Maßnahmen eingeschritten werden mußte. Den Angaben in den Prospekten dieser Bureaus steht demnach das Polizeipräsidium fern, und es kann deshalb nur nochmals vor einer Verbindung mit den hier in Rede stehenden Bureaus gewarnt werden.

**Wieder eine Hinrichtung.** Freitag früh wurde, wie die Frankfurter „Oder-Zeitung“ meldet, auf dem Hofe des Gerichtsgefängnisses in Frankfurt a. O. der frühere Baugewerkschüler Schmidt aus Breslau enthauptet. Schmidt hat seinerzeit den Landbriefträger David aus Wöbberich, mit dessen Frau er ein Verhältnis unterhielt, ermordet.

**Aus Liebeskammer** machte in Schöneberg ein Kinderfräulein ihrem Leben durch einen Sprung aus dem Fenster ein Ende.

**Infolge Kenterns** eines Ruderbootes bei Lindenberg auf dem Bregener See ertranken 3 Personen.

**Der Abgeordnete als Honigjäger.** Auf dem Natthausen in Mühlhausen a. d. Fils sind, wie die Iller „Donau-Wacht“ meldet, ungefähr 40 Zentner Honig von der Staatsanwaltschaft mit Beschlagnahme belegt worden. Die Ware wurde von einem Jäger durch Vermittlung des Abgeordneten Herbstler als echter Blütenhonig nach Stuttgart verkauft, von dort aber als Kunstproduktionshonig wieder zurückgeschickt. Beide Abnehmer erwarten ein gerichtliches Nachspiel wegen Fälschung.

**Raubmord.** Banditen überfielen in Neusand den Realitätenbesitzer Baronski, der aus dem Verkauf eines Kunstwerks 80 000 Kronen bei sich hatte, ermordeten und beraubten ihn. Sie verkrümelten alsdann die Leiche und legten sie auf das Glets, um einen Selbstmord glauben zu machen. Ein Bahnwärter fand jedoch die Leiche und erstattete Anzeige.

**Ein gräßliches Verbrechen** ist Donnerstag mittag in Nürtingen (Württemberg) entdeckt worden. Ein Feldschütze stieß in einem Feldhäuschen auf die mit Blut bespritzte Leiche des fünfzehn Jahre alten Bäckerslehrlings Karl Moll aus Alt-Oberndorf. Die Untersuchung ergab, daß Moll von einem anderen Lehrling, dem sechzehn Jahre alten Albert Schemm aus Oberndorf, am letzten Sonntag angeschossen und dann mit einem großen Stein, der neben der Leiche gefunden wurde, erschlagen worden ist. Der junge Mörder, dem niemand die Tat angemerkt hatte, ist geständig, doch ist der Beweggrund zur Tat noch im Dunkel gehüllt.

**Risiko der Arbeit.** Gestern verunglückten in Zwickau im alten Schacht der Bürgergewerkschaft sechs Bergleute, indem sie durch heftiges Aufstoßen des Fahrgerätes mehr oder weniger schwere Verletzungen, meist Knochenbrüche erlitten. Die Leute mußten sämtlich ins Krankenhaus zur Zwickau gebracht werden. — Im Schacht der Gewerkschaft „Bergmannslegen“ in Lehrte entlud sich gestern vormittag, beim Wegräumen von losgelagerten Massen, dem „Burgsdorfer Kreisblatt“ zufolge, ein stehengebliebener Schuß, wobei der Dritelführer Vanse getötet, ein Bergmann schwer und drei Bergleute leicht verletzt wurden. Die übrigen zurzeit im Schacht befindliche Belegschaft kam mit dem Schrecken davon. — In den Pulverwerken von Ohta hat eine Explosion stattgefunden, bei der drei Personen getötet, drei schwer und zwanzig leicht verwundet worden sind. Die Ursache der Explosion ist unbekannt.

**Für langjährige, treue Dienste . . .** Aus Stockholm wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: Das Leben bietet nicht bloß Hintertreppenromantik, sondern besteht auch Hintertreppentatung. Es schafft manchmal Vorfälle von so unmöglich scheinender Brutalität, daß man sie für die Ausgeburt eines struppelosen Agitatorenhirnes halten müßte, wenn sie nicht unzweifelbar und verbürgt wären. Ein solcher Vorfall hat sich eben hier ereignet. In Schweden besteht eine „Patriotische Gesellschaft“, die an besonders treue Diener Silbermedaillen verteilt. Um jeden Unwürdigen von dem Empfang derselben auszuschließen, ist die Bestimmung getroffen, daß der Empfänger von seinem Dienstgeber empfohlen und die Angaben des Dienstgebers von den lokalen Behörden bestätigt sein müssen. Die Leitung der hiesigen St.-Eriks-Bräuerei hat nun einen 62jährigen Arbeiter, der 42 Jahre im selben Berufe und 25 Jahre in derselben Bräuerei tätig war, für diese Medaille empfohlen, und da er wirklich ein musterhafter Arbeiter war, erhielt er sie auch. Im Beisein der Behörden, in Gegenwart der Fabrikdirektoren, „Für langjährige treue Dienste“ . . . Und diesen selben 62jährigen Arbeiter, der fast ein Menschenalter in der St.-Eriks-Bräuerei gearbeitet und deren Direktion ihn für die Medaille empfohlen, hat sie gleich nach der Feierlichkeit kurzerhand entlassen. Ohne Pension, ohne Abfindung, ohne einen andern Grund, als daß seine treuen Dienste schon zu langjährig waren, er zu alt war. Dazu kommt, daß gerade vor zwei Tagen die Blätter mitteilten, daß der Wert der Aktien der St.-Eriks-Bräuerei im Jahre 1882 nur 25 Kronen betrug und ohne Erhöhung des Aktienkapitals dank dem Brauereierfolg auf 30 000 Kronen gestiegen ist. In dreißig Jahren hat sich also der Aktienwert auf Eintausendzweihundertfache vermehrt. Zweifellos auch durch die „langjährigen treuen Dienste“ des Erbes, der jetzt Knall und Fall entlassen worden ist und nun dastehet ohne Brot, abgedankt mit Medaille.

### Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 5. bis 12. November 1911.  
**Neues Stadttheater.** Sonntag, den 5. November, nachmittags 3 Uhr: „Meyers“, Schwank von Friedmann-Friedrich. Abends 7 1/2 Uhr: „Das Musikantenmädchel“, Operette von Georg Jarro. Montag, den 6. November: „Das Musikantenmädchel“. Dienstag, den 7. November: „Der fliegende Holländer“, Oper von Richard Wagner. Mittwoch, den 8. November: „Claupe und Heimat“, Schauspiel von Karl Schönherr. Donnerstag, den 9. November: Zur Feter des Geburtstags Friedrich von Schillers. „Die Braut von Messina“, Tragödie von Schiller. Freitag, den 10. November: „Die weiße Dame“, Romantische Oper von Boieldieu. Sonnabend, den 11. November: „Das Musikantenmädchel“. Sonntag, den 12. November, nachmittags 3 Uhr: 2. Volksvorstellung. Jeder Platz 50 Pf. „Romeo und Julia“, Tragödie von Shakespeare. Abends 7 1/2 Uhr: „Hoffmanns Erzählungen“, Oper von J. Offenbach.  
**Stadthallen-Theater.** Sonntag, den 5. November: „Eine Frau ohne Bedeutung“, Komödie von Oskar Wilde. Sonntag, den 12. November: „Meyers“, Schwank von Friedmann-Friedrich.  
In Vorbereitung: „Cavan“, Mysterium von Ed. Stucken. „Tosca“, Musikdrama von G. Puccini.

### Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 3. Novbr.

Auftrieb 4663 Schweine. — Handel langsam. — Überfland — Stück.  
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pf., Tara 20 Proz., — bis 60,— (— bis 48,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 58,— bis 59,— (4,650 bis 47,00) Mk. Mittelwäre, von 200—240 Pf., Tara 22 Proz., 58,— bis 58,50 (43,50 bis 44,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 57,00 bis 58,00 (44,50 bis 45,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,— bis 56,00 (38,00 bis 42,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., — bis 52,00 (— bis 41,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 46,— bis 49,00 (36,00 bis 38,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schönrath. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Für die uns in so reichem Maße erwiehene Teilnahme und Kranzspenden beim Heimgange unseres reuren Entschlafenen, sowie Herrn Hauptpastor Lindenberg für seine trostreichen Worte sprechen wir unsern innigsten Dank aus.  
Frau Marie Köhler und Kinder.  
Burgtreppe 1.  
Für die vielen Gratulationen, anlässlich unserer Hochzeit, danken herzlich Karl Hindel u. Frau, Moikling.  
geb. Busch.

Zu sofort oder später Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zwei-Zimmer-Wohnungen zu vermieten. Näheres Kottwitzstraße 38, pt.  
3. 1. Jan. e. freudl. Wohnung zu verm. Br. 165 Mk. Dasselbit e. Gangbude, 96 Mk. Engelsgrube 23.  
**Junge u. alte Riesenkaninchen** zum Schlachten zu verkaufen. Sebanstraße 6a.

**Herzlicher Sonntagsdienst** am 5. November von 1 Uhr an. Dr. med. Busch, Seibelstraße 12. Dr. med. Pöe, Königstraße 69. Dr. med. Ad. Christern, Jac. Allee 13.  
**Eine neue Schiebkarre** zu verkaufen. Friedenstr. 40, pt.  
Damen-Jackett, Kragen u. Pelztragen und 2 Fische zu verkaufen. Wiedebeustraße 86.

„Komitee- und  
Kommissionssitzungen“

**V. u. A.**

gemeinsam mit den Bezirksführern  
am Montag, 6. November  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstrasse 50-52

Ein fast neuer Kinderwagen zu verkaufen. Fischerstraße 81. I. r.

Ein guterhaltener Kinderwagen mit Gummireifen zu verkaufen. Brickstraße 9. I. Sta.

**Kürbisse billig zu verkaufen.**  
Obertrave 17.

Große Partie **Ferkel** steht zum Verkauf. Gastwirt Dose, „Drei Kronen“, Radenbürg.

**Gr. Partie Ferkel zu vert.**  
H. Lange, Mori.

Große Partie **Ferkel** steht zum Verkauf. Johs. Ahrens, Kremkamp 12.

**Wer hier kauft spart Geld!**  
Großer Posten

**Herren-Jackett-Anzüge**  
in allen Stoffarten u. Aufmachungen sowie Winter-Paletots und Hosen teils für die Hälfte des regulären Preises.

Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.  
**Spezial-Geschäft**  
für Gelegenheitskäufe,  
Beckergrube 24, Läden.

**Hasenfelle,**  
Kanin, Fuchs, Iltis, Marder etc.  
**Pferdehaare,**  
Mähnen, Kuhschweifhaare  
kauft zu höchsten Preisen  
**J. L. Würzburg, Wahnstr. 22a.**

**Verunglückte**

Uhren bringt man in die **Amerikanische Uhren-Reparatur-Werkstatt** Lübeck, Huxstraße 71.  
Neue Feder . . . . . 1,00 Mk.  
Uhr reinigen . . . . . 1,00 Mk.  
Neue Räder . . . . . 1,00 Mk.  
Neue Welle . . . . . 1,00 Mk.  
Neuer Zylinder . . . . . 2,50 Mk.  
Bügel . . . . . 10 Pfg.  
Zeiger . . . . . 10 Pfg.  
Jedes Uhrglas . . . . . 25 Pfg.  
Aufjed. Repar. 2 Jahr schriftl. Garantie.  
**Huxstraße 71.**

# Ernst Diederichs

Brockesstraße 25 (Ecke Warendorfstraße).

## Zum Dienstboten-Wechsel

empfehle:

### Grosse Posten Kleiderstoffe

in schlicht und gestreift, für Kleider und Blusen

**30-40 Prozent unter Preis.**

Baumwollstoffe  
Barchent  
Kattune  
Pikee  
Hemdentuche

Unterröcke  
Korsetts  
Schirme  
Handschuhe  
Schürzen

Aussteuer-Artikel, Bettfedern und Daunen.

== Rote Rabattmarken. ==



# Immalin-

## Putzmittel

sind die besten.



Vertreter: Otto G. Stahmer, Hamburg 6.

## Plakate

betr.  
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910  
bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genussmitteln  
sind zum Preise von 30 Pfg.  
per Stück zu haben in der  
**Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.**  
Johannisstraße 46.

## Fackenburg Liederstapel

**General-Versammlung**  
am Sonntag, 5. November  
nachmittags 3 Uhr  
in F. L. Paetans Gesellschaftshaus  
Der Vorstand.

## Groß-Ausspielen

von Gänsen, Karpfen  
und Rauchfleisch  
am Donnerstag, 9. Novbr.  
Anfang 10 Uhr morgens.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
**J. Roks,**  
in Vertr. Gustav Kähler,  
Fackenburg Allee 57.

## „Zum alten Tivoli“

Waffenmauer 9.  
**Großes Ausspielen**  
von fetten Gänsen,  
Karpfen und Rauchfleisch  
auf einem Ziehbillard  
am Sonntag, dem 5. November.  
Anfang 11 Uhr vormittags.  
Einsatz 50 Pfg.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
**Karl Schlüter.**

## Gewerkschaftskartell Schwartau

Einladung zum  
**Lichtbilder-Vortrag**  
am Montag, 6. Nov.  
im Lokale der Ww. Studt, Kl.-Mühlen.

Thema:  
**Die Entstehung der Steinkohle**  
u. ihre Gewinnung im Bergwerk  
Anfang 8 1/2 Uhr abends.

**Kinder-Lichtbilder-Vortrag**  
nachmittags 5 Uhr.  
NB. Arbeiter von Schwartau und  
Rensfeld! Schickt Eure Kinder  
zahlreich zu dies. Lichtbilder-Vortrag.  
Der Vorstand.

Geöffnet von morgens 9 bis abends 7 Uhr. auch . . . . .

Neu eröffnet!

# Ein hübsches Bild



ist das dankbarste Weihnachts-Geschenk. Nicht jeder ist imstande, ein solches zu liefern, es gehört ein persönliches Können u. gewandtes Arbeiten dazu, um einem jeden Kunden eine wirklich gute Photographie liefern zu können. Oft müssen auch mehrere Aufnahmen gemacht werden, um ein wirklich gutes Bild herzustellen. Trotz dieser Schwierigkeiten garantiere ich meinen geehrten Kunden für nur erstklassig, vornehm ausgeführte Photographien zu soliden Preisen wie folgt:

**12 Visit-Mattbilder . . . 5.50 Mk.**

**6 Kabinett-Mattbilder 8.50 Mk.**

und möchte ich nochmals mein Atelier ganz besonders für erstklassige Photographien in Empfehlung bringen.

Hochachtungsvoll

**Atelier „Paulsen“.**  
Lübeck, Breite Straße 41.

**Bungeischer Speise-Eisig ist anerkannt der beste.**

Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:  
**H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.**

## Konzerthaus Friedrichshof.

Sonntag, den 5. November:

**Großes Tanzkränzchen.**

Am Dienstag, 7. November:

**II. Familienball.**

Gustav Müller.



**Taschenmesser,  
Rasiermesser,  
Scheren**  
in vollendeter Auswahl und Güte in  
**Tesschaus**  
Messer- & Waffen-Haus.  
Lübeck, Breite Str. 27.  
Fernsprecher 1674.  
Reparaturen, Schleiferei  
Patronenfabrik  
Mit elektrisch. Betrieb.

**Alle Sorten  
Weine und Spirituosen**  
auch im Kleinverkauf u. Anschlag  
empfiehlt

**J. Höppner, Beckergr. 66.**

An- und Verkauf von guten  
geir. Herrenkleidern. Vermietung  
v. Gehrock-Anz. f. jede Festlichkeit.  
A. Pohl, Schneider, Marlesgr. 44.

**Sozialdemokratisch. Verein**  
Fremd-Vorwerk.

**Mitglieder-Versammlung**  
Dienstag, d. 7. Novbr.

abends 8 1/2 Uhr  
bei Wirt H. Schulz-Tremb.

Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Vortrag.  
3. Verschiedenes.

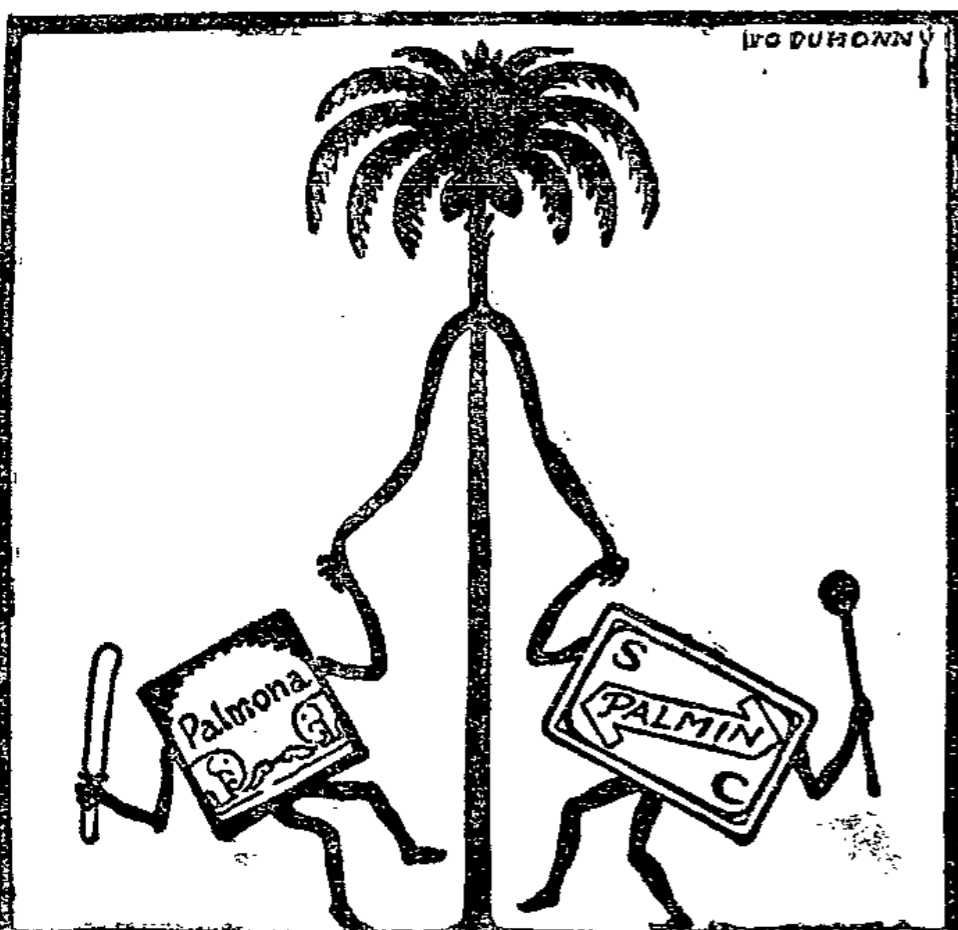
Um zahlreichen Besuch bittet  
Der Vorstand.

## Ausspielen

von  
fetten Gänsen, Karpfen  
und Rauchfleisch  
auf einem Ziehbillard  
am Sonntag, 5. November.

Anfang 11 Uhr morgens.  
Einsatz 50 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein  
**Franz Lüth,**  
Kampstraße 21.



## Mutter und Kinder

kennen die Vorzüge von  
**Palmin** (Pflanzenfett) und **Palmona** (Pflanzen-Butter-  
Margarine) als Speisefett und als Brotaufstrich. Diese Pro-  
dukte sind von absoluter Reinheit, leicht verdaulich (kein  
Aufstoßen, kein Sodbrennen!), sehr preiswert und gänz-  
lich frei von tierischen Fetten. - Man vermeide die zahl-  
reichen Nachahmungen, betrachte ihr Vorhanden-  
sein vielmehr als einen Beweis für die vorbildliche  
Qualität unserer Produkte.



**H. Schlink & Cie. A.-G.**

NB. Palmin fest auch „weich“ (schma zählich) zu haben.

# Franzen & Co., Holstenstr. 16

## Billige November-Angebote

<b>Warm gefütterte Lodenjoppen</b> für Herren: 5 <sup>00</sup> 6 <sup>50</sup> 8 <sup>40</sup> 10 <sup>60</sup> für Knaben: 3 <sup>60</sup> 3 <sup>90</sup> 4 <sup>60</sup> 5 <sup>40</sup>	Herren-Anzüge . . . . .	10 <sup>90</sup>	12 <sup>50</sup>	16 <sup>50</sup>	18 <sup>50</sup>	20 <sup>50</sup>	28 <sup>50</sup>	<b>Woll-Westen</b> durchaus warm und haltbar 1 <sup>85</sup> 1 <sup>95</sup> 2 <sup>50</sup> 3 <sup>50</sup>
	Jünglings-Anzüge . . . . .	6 <sup>90</sup>	7 <sup>50</sup>	8 <sup>75</sup>	10 <sup>50</sup>	15 <sup>50</sup>	20 <sup>50</sup>	
	Knaben-Anzüge . . . . .	1 <sup>95</sup>	2 <sup>45</sup>	3 <sup>50</sup>	4 <sup>90</sup>	5 <sup>50</sup>	7 <sup>50</sup>	
	Herren-Beinkleider . . . . .	1 <sup>25</sup>	2 <sup>00</sup>	2 <sup>45</sup>	2 <sup>95</sup>	3 <sup>25</sup>	4 <sup>50</sup>	
	Herren-Paletots . . . . .	13 <sup>50</sup>	15 <sup>50</sup>	17 <sup>50</sup>	18 <sup>50</sup>	23 <sup>50</sup>	<b>Gestr. Unterhosen</b> 1 <sup>10</sup> 1 <sup>30</sup> 1 <sup>50</sup>	
	Knaben-Pyjacks . . . . .	3 <sup>90</sup>	5 <sup>25</sup>	5 <sup>50</sup>	6 <sup>00</sup>	7 <sup>00</sup>		
	Knaben-Hosen . . . . .	95 <sup>4</sup>	1 <sup>40</sup>	1 <sup>70</sup>	2 <sup>45</sup>	2 <sup>65</sup>		

### Herren-Stiefel

Herren-Stiefel	Schnür- und Schnallenstiefel . . . . .	4.95	5.50
Herren-Stiefel	Rindbox, Schnür- oder Zugstiefel, eleg. Form . . . . .	6.90	6.90
Herren-Stiefel	Rindbox, Schnür-, Zug- und Schnallenstiefel . . . . .	7.50	7.50
Herren-Stiefel	Boxcall, Chevreaux, Good Welt, prima Handarbeit . . . . .	9.50	9.50
Herren-Arbeitsstiefel	Schnürstiefel . . . . .	4.75	3.80
Herren-Arbeitsstiefel	Zugstiefel . . . . .	4.50	3.75
Herren-Arbeitschuhe	Schnallensch. . . . .	4.50	3.75
	Schnürschuhe . . . . .		

### Damen-Stiefel

Damen-Schnürstiefel	imit. Chevreau mit Lackkappe . . . . .	4.90	4.90
Damen-Schnürstiefel	Roßleder, extra stark . . . . .	5.50	5.50
Damen-Schnürstiefel	Boxcall, imit. Chevr. mit Lackkappe . . . . .	6.80	6.80
Damen-Schnürstiefel	Chevreau, elegante bequeme Form . . . . .	7.80	7.80
Damen-Schnürstiefel	feinste Abarbeitung Chevreau . . . . .	10.80	10.80
Damen-Spangenschuhe	Ausnahmepreis . . . . .	1.95	1.95

### Kinder-Stiefel

Rosslederstiefel	Knopf- und Schnürstiefel, genagelt Gr. 31-35 3.25 27-30 2.75 21-24 1.85	1.85
Rindboxstiefel	bequeme Normalform, Gr. 31-35 4.60 27-30 3.90	3.90
Boxcallstiefel	Normalpaßform Gr. 31-35 4.90 27-30 4.50 25-26 3.75	3.75
Babystiefel	braun und schwarz, Knopf- u. Schnürstiefel 1.35 1.45	1.50
Kinderpantoffel	Filz, Plüsch mit Linol.-Sohle 50 4 Filz 25 4 Ledersohle 65 4	25 4
Kinderjuteschuhe	Gr. 22-26 45 4	45 4

Filzpantoffel Gr. 36-42 30 4 Plüschpantoffel 36-42 75 4 mit Ledersohle 95 4 Ledert.-Pant. 85 4

Sonntag, den 5. November, bis 6 Uhr geöffnet.

Photographie

## SAMSON & Co.

nur Breitestr. 39 (Haus Henning v. Minden) Tel. 1057

Um eine zu große Anhäufung von Weihnachtsaufträgen im Dezember zu vermeiden, geben wir im Monat November

# GRATIS

za jeder Aufnahme in Mattausführung von Mk. 4.— an eine künstlerisch ausgeführte

## VERGRÖßERUNG

rahmenfertig mit Passepartout in 30x36 cm Größe, Aehnlichkeit und Haltbarkeit garantiert.

12 Visit glanz 1.80 12 Visit matt 4.— 6 Visit matt 2.50 Kabinett, 4.90 12 Kabinett, 8.— 6 Kabinett, 5.50

Als passendes Weihnachtsgeschenk empfehlen wir: Semi-Emaille-Schmucksachen, Broschen, Medaillons usw. in reicher Auswahl zu billigen Preisen. Täglich, auch Sonntags den ganzen Tag ununterbrochen von 9 bis 7 Uhr geöffnet. Nach Eintritt der Dunkelheit Aufnahmen bei elektrischem Licht.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwarenhandl. u. Reparaturwerkstatt. Fünfhausen 13.

### Restaurant Gustav Ehlers

Düggstraße 110.

## Ausspielen

von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch auf einem Ziehbillard am Montag, 6. November. Anfang morgens 10 Uhr. Einsatz 50 Pfg. Hierzu ladet freundlichst ein Gustav Ehlers.

### Restaurant Johs. Groth

Stottwitzerstraße 16.

## Großes Ausspielen

von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch auf einem Ziehbillard am Sonntag, d. 5. November. Anfang 11 Uhr vormittags. Einsatz 50 Pfg. Hierzu ladet freundlichst ein Harmonika-Klub „Harmonia“ Johs. Groth.

## Zur alten Lohmühle

Großes Verkegeln sowie Ausspielen auf einem Ziehbillard von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch am Sonntag, dem 5. und Montag, dem 6. November 1911. Anfang 11 Uhr vormittags. Einsatz 50 Pfg. Hierzu ladet freundlichst ein H. Luckmann.

## Sozialdemokratischer Verein.

## Mitglieder - Versammlung

am Dienstag, dem 7. November 1911 abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Der diesjährige Dunderkursus.
2. Der bürgerliche Klüngel im Streit um die Futterkrippe. Referent: Genosse Paul Löwigt.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

# Biophon.

Lichtbild-Theater. Nur Breite Strasse 52.

Pierots Schreckbild. Große Tragödie in 2 Akten.

Folgenschwere Eifersucht. Tragödie. Die Rache der Geister. Tragödie.

Außerdem das große Programm.

Wunderbare Aufnahmen. Keine Preiserhöhung.

Gr. Kindervorstellung nur Sonntags von 2 bis 4 Uhr. Nur für Erwachsene: Sonntags von 4 bis 11 Uhr. Wochentags von 3 bis 11 Uhr.

## Johs. Tollgreve, Goldschmied

Königsstraße 92.

Gold-, Silber- u. versilberte Waren. Gravierungen. — Neuarbeitungen. Vergolden. Versilbern.

Reparaturen Trauringe. Reparaturen prompt und billig. prompt und billig.

Rote Rabattmarken.

Rote Rabattmarken.



## Ein Justizmord.

Ein angesehenes Berliner Anwalt berichtet der dortigen Gerichtszeitung „Im Namen des Königs“ (Hans Leuß) über einen beinahe unglaublichen Fall offenbar ungerechter Verurteilung.

Vor fast zwanzig Jahren (am 19. Februar 1892), also zur Zeit der Blütenblüte des Antisemitismus, sind in Bries, einer durchaus agrarisch-konservativen Stadt, zwei junge jüdische Leute durch ein Schwurgericht verurteilt worden, das mit lauter christlichen Geschworenen — Gutsbesitzern und Beamten — besetzt war. Dieser Verurteilung lag folgender Tatbestand zugrunde:

In der Nachbarstadt Ohlau besaß der jüdische Kaufmann Louis Zobel ein Kleidergeschäft, in dem der sechzehnjährige Lehrling Isidor C. und der siebenundzwanzigjährige Kommis Eduard S. tätig waren. Dieser hatte in dem Dorfe Märzdorf sogenannt „Raifermäntel“ verkauft, die dem Fischer Josef Kossa gut gefielen. Kossa sprach nun seinen Wunsch aus, auch einen derartigen Mantel zu erstehen, weshalb ihn bald darauf Eduard S. aufsuchte und ihm einen solchen fest verkaufte. Da Kossa jedoch, der den festen Kauf bestritt, nicht zahlte, kam es zum Prozesse zwischen ihm und Zobel, in dem Lehrling Isidor C. und Kommis Eduard S. über einen den Rechtsstreit entscheidenden Vorgang als Zeugen vernommen worden sind.

Beide beschworen nämlich übereinstimmend, daß an einem Sonnabend die Tochter des Beklagten, die 18jährige Pauline Kossa, in den Laden des Zobel gekommen sei und dem Kommis S. gesagt habe: „Der Vater läßt grüßen. Der Mantel ist etwas kurz. Der Vater wird ihn aber behalten, nächstens hereinkommen und bezahlen.“ Pauline Kossa sei nur das eine Mal im Laden gewesen, und zwar ohne Begleiter. Auch Frau Kaufmann Zobel und der Kommis Samuels seien ebenfalls anwesend gewesen. Nicht aber der Kaufmann Louis Zobel.

In direktem Widerspruch mit diesen Angaben beschwor die — interessierte — Tochter des Beklagten, Pauline, das sie, allerdings eines Sonnabends, in dem Laden gewesen sei, aber nicht mit dem Kommis Eduard S., sondern mit dem Kaufmann Louis Zobel selbst gesprochen und diesem gesagt habe: „Der Vater läßt grüßen. Holen Sie sich den Mantel ab. Der Vater mag ihn nicht.“ Der Zeuge Isidor C. sei nicht in dem Laden gewesen.

Der Beklagte Kossa denunzierte nun die beiden jüdischen — uninteressierten — Kommis wegen Meineides. Gegen sie wurde auf Grund des Zeugnisses der interessierten Tochter — die Untersuchung auch eingeleitet.

In diesem Verfahren machte der ebenfalls interessierte Zeuge Kommis Samuels ganz dieselben Aussagen, wie die beiden anderen Kommis. Auch Frau Kaufmann Zobel bestätigte den von den Angeklagten geschilderten Sachverhalt, und Kaufmann Zobel beschwor, daß er damals nicht im Laden gewesen sei, auch nicht mit der Pauline Kossa gesprochen habe. Es standen also der Aussage der Pauline Kossa die Angaben von fünf Zeugen entgegen, von denen vier bisher noch keine Strafe erlitten hatten, und der Kaufmann Zobel nur unerheblich vorbestraft war.

Trotzdem wurde der Spieß aber noch immer nicht gegen Pauline Kossa umgekehrt, sondern noch ein guter Freund ihres Vaters, der Maurer August Haschke, vernommen. Obwohl ihn keiner von den fünf Gegenzeugen im Laden gesehen hatte, behauptete er dennoch, dort gewesen zu sein und die Äußerungen der Pauline Kossa, ihr Vater behalte den Mantel nicht, gehört zu haben. Dieser Zeuge hatte indessen vor seiner Vernehmung zu einem gänzlich einwandfreien Zeugen, dem Gastwirt Jung, erklärt, „daß er zwar als Zeuge auftreten solle, aber von dem ganzen Kaufe nichts wisse.“

Jung sagte ihm dies unter dem Eide ins Gesicht, während er selbst diese Äußerung eidlich abstritt.

So standen also jetzt auf der einen Seite sechs Zeugenaussagen zweien gegenüber.

Dazu kam aber noch, daß der mit den örtlichen Verhältnissen vertraute Gemeindevorsteher Gieswald dem Zeugen Haschke ein böses Leumundsattest ausstellte. Es sei nämlich möglich, gab er an, daß Haschke gern für Kossa als Zeuge aufträte, weil er viel mit ihm verkehre und trinke, und er wegen seiner großen Lügenhaftigkeit und Ausschneiderlei von jedem Ansätze in Märzdorf verachtet würde.

Die Staatsanwaltschaft war nun objektiv genug, die Einstellung des Verfahrens mit folgender Motivierung zu beantragen:

Die Aussagen des Eduard S. und Isidor C. in dem Zivilprozeße werden in wesentlichen Punkten durch die eidlichen Bekundungen des Zobel, der Frau Zobel und des Samuels unterstützt. Danach muß angenommen werden, daß sich der Vorfall so zugetragen hat, wie die Angeklagten es bezeugt haben. Mit Rücksicht auf den außerordentlich schlechten Leumund des Zeugen Haschke kann sein Zeugnis entscheidend nicht ins Gewicht fallen. Es bleibt nur die Familie Kossa als Belastungszeugen übrig, und da kommt doch ihr wesentliches Interesse als Partei in Betracht. Bei dieser Sachlage kann die Anklage mit Erfolg nicht erhoben werden und beantragt ich, die Angeklagten außer Verfolgung zu setzen.“

Er erwähnte hierbei noch nicht einmal, daß der Schiffer Kossa schon wiederholt vorbestraft worden war und wegen Verleitung zum Meineide bereits früher einmal in Untersuchungshaft gesessen hatte.

Allein, trotz des objektiven Antrages des Staatsanwalts ereignete sich etwas ganz Unbegreifliches:

Die Strafkammer beschloß, das Hauptverfahren gleichwohl zu eröffnen. An diesem Beschluß nahm der Landgerichtsrat Ackermann teil, der dann auch als Vorsitzender die Schwurgerichtsverhandlung leitete.\*)

In der Verhandlung verharrten alle Beteiligten bei ihren Aussagen. Der Kaufmann Louis Zobel wurde mit dem Zeugen Haschke konfrontiert und nannte ihn unter dem Eide einen Lügner. Amts- und Gemeindevorsteher stellten erneut der Familie Kossa und dem mit ihr befreundeten Zeugen Haschke ungünstige Leumundsatteste aus. Haschke erklärte unter dem Eide, daß er nur zweimal wegen Körperverletzung mit ein paar Wochen Gefängnis vorbestraft sei. Diese Angabe war aber, wie sich nach längerer Zeit herausstellte, eine wesentlich falsche gewesen, da der Zeuge wegen Sittlichkeitsverbrechens schon mit drei Jahren Zuchthaus vorbestraft war. Von solcher Beschaffenheit also war das Belastungsmaterial. Die Geschworenen glaubten aber diesen christlichen Zeugen, und es wurden: Kommis Eduard S. mit vier Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre und der Lehrling Isidor C., da seine Jugend Zuchthausstrafe und Ehrverlust nicht zuließ, mit zwei Jahren Gefängnis bestraft. Gegen beide wurde auch auf die dauernde Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden, erkannt!

Jeder Unbefangene hätte einen solchen Ausgang nicht erwartet. Indessen kommt noch mehr:

Auf Veranlassung eines Verteidigers wurde gegen den Zeugen Haschke nachträglich das Meineidsverfahren eingeleitet, weil er seine schwere Bestrafung von drei Jahren Zuchthaus wegen Sittlichkeitsverbrechens verschwiegen hatte. Denn hätten, führte das Gericht aus, die Geschworenen von dieser Tatsache Kenntnis gehabt, so hätten sie doch einem solchen Zeugen je den Glauben versagen müssen. Haschke wurde angeklagt, redete sich aber damit heraus, daß er aus Scham seine diesbezügliche Vorstrafe dem Vorsitzenden Landgerichtsrat Ackermann nur zugestimmt habe (!) und Herr Ackermann gab diese Behauptung als möglich zu. Freilich hätte alsdann das Protokoll der Wahrheit widersprochen. Indessen wurde Haschke mit Rücksicht auf das Ackermannsche Zeugnis freigesprochen. Ein späterer Antrag des Verteidigers des Lehrlings C. auf Wiederaufnahme des Verfahrens, wurde abgelehnt, weil Haschke wegen seiner falschen — angeblich zugestimmten — Aussage nicht verurteilt worden sei! Außer diesem Antrage wurden noch wiederholt Wiederaufnahmeanträge ohne Erfolg gestellt. Ihre Zurückweisung erfolgte stets aus formellen Gründen. Schließlich reichte der unglückliche Vater des Lehrlings C. ein Immediatgesuch ein, das der erste Staatsanwalt als Gefängnisvorsteher mit der Motivierung befürwortete, daß sich C. während der Haft „gut geführt und denjenigen Ernst an den Tag gelegt habe, der als eine Gewähr für seine Entlassung angesehen werden könnte.“

Aber C. sollte eingestehen, daß er den Meineid geleistet habe. Da er dies nicht fertig brachte, wurde er nicht aus der Haft entlassen, „weil er sich nicht gebessert hätte und nicht zur Erkenntnis seines schweren Verbrechens gekommen sei.“ (!) Er mußte also die volle Strafe abbüßen. Auf die Anfrage des einen Verteidigers, warum denn nicht auch gegen die Zobelischen Eheleute und den Kommis Samuels, die alle drei doch dasselbe, wie die beiden Verurteilten beschworen hätten, wegen Meineides vorgegangen würde, erging vom ersten Staatsanwalt der Bescheid, daß dieser es ablehne, die Gründe hierfür anzugeben.

Das ist der eigenartige Verlauf des Prozesses! Die beiden damals Verurteilten beteuern noch heute ihre Unschuld und können die ungerechte Verurteilung nicht ertragen. Sie geben sich die erdenklichste Mühe, ihre Freisprechung auch jetzt noch, nach 20 Jahren, im Wiederaufnahmeverfahren durchzusetzen, um ihren Kindern einen ehrlichen Namen zu hinterlassen. Aber das Rechtsmittel der Wiederaufnahme ist ein mehr als zweifelhaftes! Wenn die Öffentlichkeit ihre Stimme nicht laut erhebt, ist mit diesem Rechtsbehelf nichts anzufangen. Deshalb wird jetzt vernehmlich an die Öffentlichkeit appelliert, daß sie nicht ruhen solle, bis zwei unschuldig Verurteilte wieder zu ihrem Rechte gelangen! Die Zeit der antisemitischen Weizenblüte ist ja vorüber! —

## Aus der Partei.

**Strafkonto der Parteipresse.** Die Staatsanwaltschaft in Götting hatte gegen den verantwortlichen Redakteur unseres dortigen Parteiorgans, Genossen Paul Höhne, Anklage erhoben. Höhne soll den früheren Sekretär des Verbandes reichsteuer Arbeiter in Waldburg und jetzigen Reichsverbandsekretär in Königsherg, Max Traube, in der „Volkszeitung“ dadurch beleidigt haben, daß er über ihn schrieb, „Traube könne nicht zu den anständigen politischen Gegnern gerechnet werden.“ In der Verhandlung vor der Strafkammer am Mittwoch wurde die reichsverbandlerische Kampfweise Traubes, der als Nebenkläger zugelassen war, richtig beleuchtet durch Zeugenaussagen und Vorlesen von Artikeln, die Traube verfaßt hat. Der Staatsanwalt beantragte 200 Mk. Geldstrafe eventuell für je 10 Mk. einen Tag Gefängnis. Das Gericht billigte dem Angeklagten den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zu, hielt aber eine formale Beleidigung für vorliegend und erkannte auf 30 Mk. Geldstrafe. „Wenn der Angeklagte“, so führte der Vorsitzende bei der Begründung des Urteils aus, „gegenüber der Kampfweise des Nebenklägers gesagt hätte, der Reichsverbandsekretär ist nicht würdig, daß man sich mit ihm beschäftigt, so wäre er eventuell freigesprochen worden.“ In der gleichen Verhandlung wurde gleich eine zweite Anklage

\*) Es ist in der Strafprozessordnung bekanntlich verboten, daß mehr als zwei der Richter aus der betreffenden Beschlußkammer und besonders, daß der Referent bei der Hauptverhandlung als Richter mitwirken.

gegen Genossen Höhne erledigt, wegen Beleidigung der Polizeiverwaltung in Halle. In einer Notiz der „Göttinger Volkszeitung“ war zu dem polizeilichen Maimzugsverbot in Halle gesagt worden, das Verbot sei im „schönsten Polizeideutsch“ gehalten und atme schimmigen Polizeigeist.“ Das Landgericht hatte die Eröffnung des Verfahrens erst abgelehnt. Auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft bei der Oberstaatsanwaltschaft war dann von dieser die Eröffnung des Verfahrens angeordnet worden. In der Verhandlung am Mittwoch beantragte der Staatsanwalt 100 Mk. Geldstrafe. Die angeführten Äußerungen enthielten eine schwere Beleidigung. Das Gericht konnte aber darin keine Beleidigungen erblicken und erkannte auf Freisprechung.

**Die Saalabtreiber im Wahlkreise des Herrn Müller-Meinungen.** Gegenüber den Feststellungen unserer Genossen, daß in Meinungen-Hildburghausen die Saalabtreiber seit Jahren an der Tagesordnung sind, unternimmt es jetzt Herr Müller-Meinungen im „Vorwärts“ unter Berufung auf den § 11 des Brechgesetzes zu berichten, daß es ihm völlig unbekannt sei, daß in seinem Wahlkreise in vielen Orten den Sozialdemokraten die Säle verweigert werden; die Behauptung, daß dies mit seinem Wissen geschieht, sei daher unwahr. Ebenso unwahr sei es, daß er das behauptete Vorgehen „seiner Parteifreunde“ billige, er habe schon 1898 in einem ihm bekanntgemordenen Fall dies damals wie auch jetzt aufs schärfste mißbilligt. Also ein Fall ist Herrn Müller bekannt! Und trotzdem die Fäden der fortschrittlichen Agitation in seinem Wahlkreise durch seine Hände gehen, weiß er im übrigen nichts von den großen Schwierigkeiten, die Sozialdemokraten haben, um Säle zu erhalten? Sonderbar! Die Verhandlungen des Meininger Landtags haben erst im Laufe der vorigen Woche ein Klagegedicht des sozialdemokratischen Kandidaten und Landtagsabgeordneten Knauer gebracht. Ferner hat man selbst in der Stadt Meinungen den Gewerkschaften die Säle zu einem Tanzergnügen verweigert. In Hildburghausen, wo gleichfalls kein Saal den Sozialdemokraten zu politischen Versammlungen zur Verfügung steht, hat erst vor wenigen Tagen der Magistrat auf ein Gesuch, einen öffentlichen Platz unter freiem Himmel zur Verfügung zu stellen, ablehnend geantwortet, da Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorhanden sei. In Urensdorf bei Meinungen hatten erst kürzlich beide Wirte ihre Säle zur Verfügung gestellt; hinterher schrieb der eine ab und der andere bat unseren Kandidaten persönlich himmelhoch, nicht nach dort zu kommen, da er sonst ruiniert würde. Auf die Frage, wer denn auf ihn eingewirkt habe, antwortete er, der Lehrer und einige Bauern, kurz, die Fortschrittler. Und so könnten wir noch mit Dutzenden von Beispielen dienen. Obendrein ist es auch den Sozialdemokraten unmöglich, in gegnerischen Versammlungen zu Worte zu kommen. Herr Müller-Meinungen ladet in seinen Versammlungen entweder nur die „Ordnungsparteien“ ein, oder er scheidet nur eine Redezeit von 5 oder 10 Minuten zu. Unsere Organisation in Meinungen-Hildburghausen hat deshalb beschlossen, den gegnerischen Versammlungen fernzubleiben. Dagegen sprach am 26. Oktober d. J. in einer sozialdemokratischen Versammlung in Götting ein fortschrittlicher Agitator eine volle Stunde. Und von alledem hat Herr Müller nichts gewußt? Wie unschuldsvoll!

## Soziales.

**Versicherungsgesetz für Angestellte.** Die Kommission verhandelte am Donnerstag über die Zulassung der Erbschaften. Die Vorlage will Wertpapienkassen, Seemannskassen und ähnliche Kassen an Stelle der staatlichen Versicherungen zulassen, wenn die Kasse gleichartige Leistungen gewährt, wie die staatliche Anstalt. Unsere Genossen befürworten die Streichung dieser Bestimmung, die auch von allen Angestelltenverbänden gefordert wird. Die Pensionskasse sei nur eine Fessel für die Angestellten und hindere die Freizügigkeit der Angestellten. Wenn auch künftig die Zugehörigkeit zur Pensionskasse eines Betriebes den Angestellten in der staatlichen Versicherung angerechnet wird, so fällt doch der Anspruch auf höhere Leistungen fort, sobald der Angestellte aus dem Betriebe austritt. Die Anfrage, ob Kassen, die heute keinen Rechtsanspruch gewähren, noch nach Inkrafttreten des Gesetzes ihr Statut ändern und Rechtsanspruch sichern können, wird von der Regierung bejaht. Desgleichen wird es den Pensionskassen gestattet sein, ihren Mitgliederkreis entsprechend den Anforderungen des Gesetzes so zu erweitern, daß alle Angestellten aufgenommen werden, die im Betrieb nach diesem Gesetz der Versicherung unterstellt sind. So z. B. kann eine Pensionskasse der Journalisten und Schriftsteller das Statut dahin erweitern, daß sie die Handelsangestellten des Verlages mit aufnimmt. Unter der Voraussetzung kann die Kasse nur als Erbschaftskasse zugelassen werden. Die allgemeinen privaten Pensionskassen werden als Erbschaftskassen nicht zugelassen. Der Standpunkt unserer Parteigenossen wird auch von Raab (Wirtschaftliche Vereinigung) und Wothhoff (Freis. Volks-partei) geteilt. Wothhoff findet aber bei seinen politischen Freunden keine Unterstützung, im Gegenteil treten Dr. Rugdan und Mommsen sehr entschieden für die Betriebspensionskassen ein, die auch bei den übrigen Parteien starke Befürwortung finden. Von dem Genossen Schmidt wird den Herren entgegengehalten, daß sie ja bisher keine Bedenken trugen, die erworbenen Rechte der Angestellten aufzuheben, wenn der Angestellte durch Ausscheiden aus dem Betriebe die Mitgliedschaft zur Kasse verlor. Alle Bemühungen der Sozialdemokraten, schon jetzt den Zustand zu beseitigen, sind an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien abgeprallt. Die hohen Leistungen der Wertpapienkassen stehen sehr in Frage, denn es fragt sich, ob sie die Prüfung aushalten, die nachher vom Bundesrat vorgenommen wird. Wahrscheinlich wird in vielen Fällen erhöhte Beitragsleistung und Herabsetzung der Leistungen gefordert werden müssen. Vor allem aber werden durch diese Kassen die übrigen Angestellten benachteiligt, weil die Erbschaftskasse die günstigen Risiken fortnehmen und die schwereren Lasten der staatlichen Versicherung überlassen. Auf eine solche Grundlage darf eine Versicherung der Angestellten nicht aufgebaut sein. Die Generaldebatte wurde geschlossen; die Aussprache hat ergeben, daß die Zulassung der Erbschaftskassen die Zustimmung der Kommission finden wird.

**Gegen die Teuerung.** Eine am Mittwoch abend in Berlin stattgefundene, nach der „Berliner Volkszeitung“ von mehr als 4000 Arbeitern und Handwerkern aus Reichs- und Staatsbetrieben besuchte Versammlung, die vom Rat der deutschen Reichs- und Staatsarbeiterverbände einberufen war, nahm einstimmig eine Resolution an, in der es u. a.

heißt: „Die versammelten Arbeiter, Vorarbeiter und Handwerker der Betriebe der Reichs- und Staatsverwaltung sprechen ihr tiefstes Bedauern aus über die Haltung, die der Reichsminister und die übrigen Regierungsvertreter bei Beratung der Steuerungsinterpellationen im Reichstage eingenommen haben. Die Versammelten bedauern diese Haltung umso mehr, als bereits vor Eintritt der heutigen anormalen Verhältnisse gerade in den Reihen der Reichs- und Staatsarbeiter eine an Unterernährung grenzende Beschränkung der Lebenshaltung hatte Platz greifen müssen, wie im Herbst 1910 in einer Eingabe des Komitees deutscher Reichs- und Staatsarbeiter-Vereine an den Reichsminister nachgewiesen worden ist. Seitdem haben sich die Dinge fortgesetzt in ungünstiger Richtung entwickelt, und Not und Sorge sind täglicher Gast in Tausenden von Reichs- und Staatsarbeiterfamilien. Es ist daher nach Ansicht der Versammelten die höchste Zeit, Maßnahmen zur Beseitigung der unter ihnen herrschenden Notlage zu ergreifen. . . . .“ Da zurzeit keine Aussicht vorhanden ist, die Regierung von ihrer Wirtschaftspolitik abzubringen, richten die Staats- und Reichsarbeiter die bestimmte Forderung an den Reichsminister, er solle unverzüglich sämtliche ihm unterstellten Ressorts anweisen, durch Gewährung einer allgemeinen Lohnaufbesserung wenigstens etwas zur Milderung des Notstandes beizutragen.

Der Berliner Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorberatung des Antrages der Stadtverordneten Dr. Arons und Genossen über die Aufbesserung der Gehälter und Löhne für Kategorien von städtischen Beamten, für Hilfskräfte und Arbeiter infolge der Teuerung der Lebensmittel und Gemährung von vorübergehenden Teuerungszulagen beschloß am Mittwoch, den Magistrat zu ersuchen, den Kategorien städtischer Angestellter und Arbeiter, welche bei dem bestehenden Teuerungszustand mit ihren Gehältern resp. Löhnen ohne Gefährdung ihres Unterhaltes für sich und ihre Familie nicht auskommen können, eine angemessene Teuerungszulage zu gewähren und der Versammlung eine entsprechende Vorlage innerhalb vier Wochen zu machen.

Der Deutsche Handelstag hat an den Bundesrat eine Eingabe gemacht, in welcher er die ungehinderte Einfuhr lebenden Viehs, gefühlten und gefrorenen Fleisches, Fischfleisch und sonstiger Fleischwaren, ferner die Herabsetzung der Zölle auf Futtermittel, Mais, Hafer, Futterbohnen, Lupinen, Wicken und verschiedene Kohlsorten fordert

und den Versuch, die Schuld an der infolge der zugunsten der Landwirtschaft eingeführten hohen Zölle entstandenen Teuerung dem Handel zuzuschreiben, entschieden zurückzuweisen.

**Notstandsaktion in Thüringen.** Die Bürgermeister der weimarschen Städte unter 10 000 Einwohnern haben in einer Zusammenkunft eine Notstandskommission eingesetzt. Sie beschloßen weiter, den Einkauf von Lebensmitteln zu organisieren. Die Notstandskommission hat die Aufgabe, Orte, in denen ein besonderer Mangel eintritt, so rasch als möglich mit Nahrungsmitteln zu versehen.

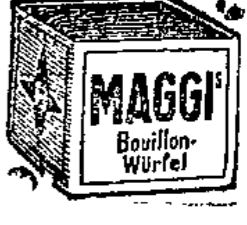
**Aus dem Gerichtssaal.**

**Militärjustiz und § 51 des St.-G.-B.** Charakteristisch für die Militärjustiz sind zwei Urteile, die in diesen Tagen vom Kriegsgericht in Berlin gefällt wurden. 1. Vergehen gegen einen Vorgesetzten. Der Dragoner Gambrath war eines Abends in stark angetrunkenem Zustande in die Kaserne gekommen, hatte Streit mit einem Gefreiten angefangen und diesem mit dem Säbel eine Verletzung unter dem Auge beigebracht. Das Kriegsgericht erkannte auf zwei Jahre und einen Monat Gefängnis. Es ist dies die gefällte Mindeststrafe, die das Gericht verhängte, weil es annahm, daß der Soldat total betrunken gewesen sei. — 2. Soldat und Zivilist. In einem bekannten Berliner Weintable hatte ein Unteroffizier in völlig bezechtem Zustande mit einem Zivilisten Streit angefangen und ihn ohne jeden Grund mit der Waffe niedergeschlagen. Der Zivilist starb an den Folgen der Verletzung. Der Unteroffizier aber wurde vom Kriegsgericht freigesprochen, weil er sich infolge der Trunkenheit in einem Zustande von Bewußtlosigkeit befunden habe, durch den seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sei. — Also für ein in der Trunkenheit begangenes Verbrechen in dem einen Falle Verurteilung, in dem andern, dazu noch ungleich schwereren, dagegen Freisprechung. In der Tat ein ungeheurer Kontrast! Und doch sind beide Urteile im Sinne des Militärstrafgesetzes richtig. Das Militärstrafrecht erkennt nämlich den Strafausschließungsgrund des § 51 des St.G.B. (Ausschluß der freien Willensbestimmung) im allgemeinen an, verneint ihn aber bei Subordinationsvergehen. Ein betrunkenen Soldat ist gefählich besser dran, wenn er ein paar

Zivilisten totschlägt, als wenn er einen Gefreiten mit dem Ellenbogen anstößt.

**Aus einer bayerischen Kaserne.** Das Oberkriegsgericht in München erging als Berufungsinstantz verhandelte in diesen Tagen gegen den Unteroffizier Neundlinger aus Straubing, der wegen Mißhandlung eines Untergebenen vom Kriegsgericht Regensburg zu 18 Tagen Arrest verurteilt worden war. Es handelte sich um folgendes: Der Chevauleger Kurzmaul küßt als Soldat schuldblos dafür, daß er eine mangelhafte Schulbildung genossen hat. Der Mann kommt bei manchen Abungen nicht mit und wird dafür mit Strafbüßungen bestraft. Im August d. Js. war er wieder einmal mit drei Strafpunkten bestraft. Er mußte sich mit voller Auskräftung beim Jourunteroffizier melden. Diesen Dienst hatte an dem Tage der Sergeant Schädelbauer. Als Kurzmaul mit Saß und Bad antreten wollte, sah Sergeant Schädelbauer eifrig beim Tiro. Er befahl daher dem Unteroffizier Neundlinger, das Zeug des Soldaten anzusehen. Unteroffizier Neundlinger schaute also das Zeug an und warf Stück um Stück der Auskräftung dem Soldaten vor die Füße. Schließlich mußte der Soldat noch seinen Rock aufmachen und seine Hose öffnen. Zum Schluß bekam er dann von dem Unteroffizier noch eine derbe Ohrfeige. Dies alles spielte sich unmittelbar neben dem Tische ab, an dem die anderen Unteroffiziere Karten spielten. Der Soldat las die hingeworfenen Auskräftungsgegenstände auf und ging, weil er Kopfschmerzen hatte, zu Bett. Im andern Tage meldete er sich zum Arzt. Als er von diesem ausgefragt wurde, gab er an, daß er von dem Unteroffizier geschlagen wurde. Darauf beschwerte er sich, nachdem ihm ein Kamerad gesagt hatte, daß er gesehen habe, wie der Unteroffizier ihn geschlagen habe. Der Unteroffizier aber versuchte, den Soldaten von einer Beschwerde zurückzuhalten, wobei er bemerkte: „Wir sind noch drei Jahre beisammen, kommen Sie zu mir, wenn Sie was brauchen, daß Schellen war ja nüt so stark.“ Das Oberkriegsgericht ließ es bei der Strafzumessung, trotzdem eine Anzahl Offiziere sich dafür verwendeten, daß dieser überaus tüchtige und ausgezeichnete Unteroffizier dem Regiment erhalten werde.“ Dabei ist der Angeklagte wegen eines ähnlichen Vergehens schon einmal bestraft.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.  
Verleger: Th. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**MAGGI'S Bouillon-Würfel der beste!** 

**5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pfg.**

**Einsegeel**  
Heute Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
F. Jenkel.

**Zentral-Hallen**  
Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
H. Pagel.

**Adlershorst.**  
Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen**  
Friedrichshof.  
Jeden Sonntag:

**Tanzkränzchen.**  
Wakenitz - Bellevue.  
Heute Sonntag:  
**Steies Tanzkränzchen.**  
H. Fürbötter.

**Weisser Engel**  
Ratzeburger Allee 29.  
Jeden Sonntag:  
**Gr. Tanzmusik.**  
Anfang 4 Uhr.  
Eintritt frei. Telefon 1107.

**Kaffeehaus Moising**  
Sonntag:  
**Große Tanzmusik.**

**Hansa-Halle**  
**Großes Tanzkränzchen**  
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.  
J. Rieck.

**Neu-Lauerhof.**  
Heute Sonntag:  
**gr. Tanzkränzchen**  
**Wilhelm-Theater.**  
Jeden Sonntag von 5-1 Uhr:  
**Tanzkränzchen**



Deutsch. Gastsp.-Ensemble  
d. Lyceumtheaters, London.

**Nur eine**  
**Sonntags-**  
**Aufführung.**  
**„Der Kampf**  
**um**  
**ein Grafenkind“**  
oder: „Im wilden Westen“.  
Dram. Roman aus 2 Weltten in 4 Akten von Walter Melville.  
1. Bild: Schloß Kerhill.  
2. Bild: Salon d. Brandt's Yung.  
3. Bild: Vor der Farm Jim's.  
4. Bild: Der Liebestod der Indianerin.  
Vorverkauf bei Sager.  
Vorzugskarten 100zent. gültig.

**Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.**  
Eintritt frei. Gustav Gipp.

**Ausspielen**  
auf einem Tischbillard  
**von fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch**  
am Sonntag, dem 5. November 1911.  
Anfang 11 Uhr vormittags. Eintrag 50 Pfg.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
**Franz Busch, Untertrave 64.**

**Einladung zum 25. Stiftungs-Fest**  
der  
**Tabakarbeiter Lübecks**  
unter gütig. Mitwirk. d. Gesangvereins „Eintracht“ u. des Arb.-Turnvereins  
am Sonntag, dem 5. November 1911,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstrasse 50-52.  
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.  
**Das Komitee.**

**Arbeiter-Gesangverein St. Jürgen.**  
**Einladung zum Ball**  
verbunden mit Gesangsvorträgen  
am Sonntag, dem 12. November 1911  
im Lokale „Weißer Engel“, Ratzeburger Allee.  
Anfang 5 Uhr. Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.  
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.  
Hierzu ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

**Zentralverband d. Böttcher, Weinküfer u. Hilfsarbeiter**  
Filiale Lübeck.  
**Einladung zum BALL**  
am Sonntag, dem 12. November 1911,  
im Lokale des Herrn Rieck (Hansa-Halle).  
Anfang 5 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Ende 2 Uhr.  
**Das Komitee.**

**Konzerthaus „Flora“.**  
Jeden  
Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

**Konzerthaus Fünfhausen**  
Morgen Sonntag: Großes Tanzkränzchen.  
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

**Gewerkschaftshaus**  
Lübeck, Johannisstraße 50-52  
ff. gepflegte Biere.  
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.  
ff. Mittagstisch ff. von 12-2 Uhr, 65 Pfg.

**Friedr. Franz-Halle**  
**Tanzkränzchen.**  
Anf. 4 Uhr. Eintritt frei.  
L. Stamer.

**Konzerthaus**  
**Zauberflöte.**  
Neue Kapelle!  
Oberbayrische Musik- u.  
Gesangs-Truppe  
**D' Rösler v. Staffelsee**  
6 Damen, 2 Herren.  
Anfang 4 Uhr.  
Eintritt gänzlich frei.  
Ludwig Kock.

**Stadthallentheater.**  
Sonntag, 5. November. 7 1/2 Uhr.  
**Eine Frau ohne Bedeutung.**  
Komödie von Oskar Wilde.  
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Rob. Kohlmarkt 13.

**Neues Stadttheater.**  
Sonntag, 5. Nov. Nachm. 3 Uhr.  
**Bei kleinen Preisen!**  
**Meyers.**  
Schwan von Friedmann-Friedrich.  
Sonntag, 5. November. 7 1/2 Uhr.  
Zum 1. Male! Neu!  
**Das Musikantenmadel.**  
Operette von Georg Jarro.  
Montag, 6. November. 7 1/2 Uhr.  
Zum 2. Male.  
**Das Musikantenmadel.**  
Operette von Georg Jarro.  
In Vorbereitung!  
Zur Feier d. Schillers Geburtstags.  
**Die Braut von Messina.**  
Tragödie von Schiller.